

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierzehnmal 14,00 fl.
monatl. 4,00 fl. In den Ausgabestellen monatl. 4,50 fl. Bei
Postbezug vierzehnmal 16,16 fl., monatl. 5,89 fl. Unter Streifband in Polen monatl. 8 fl.
Danzig 3 fl. Deutschland 2,50 fl. — Einzelnummer 25 fl. Dienstags- und
Sonntags-Nummer 30 fl. Bei höherer Gewalt (Vertriebsförderung usw.) hat der Be-
zieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.
Gernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile 15 Groschen, die einspal-
tige Reklamezeile 125 Groschen Danzig 10 fl. Bei Fl.
Deutschland 10 fl. bzw. 70 Goldpf. übriges Ausland 100% Aufschlag. — Bei Bay-
vorstadt und schwierigem Geb. 50% Aufschlag. — Abmeldung von Anzeigen nur
jährlich erlaubt. — Öffertengebühr 100 Groschen. — Für das Erscheinen der
Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.
Postleitzahlen: Breslau 202157. Danzig 2528. Stettin 1847.

Nr. 118.

Bromberg, Freitag den 23. Mai 1930.

54. Jahrg.

Pfadfinder hier und dort.

Die polnischen Pfadfinder in Deutschland veranstalteten im Stadtteil Rosberg in Beuthen einen Umzug durch die Straßen und eine Fahnenweihe. Die polnischen Pfadfinder hatten zu ihrer Festlichkeit und Weihe Pfadfinder aus Hindenburg, Ratibor, Oppeln und selbst aus Breslau eingeladen, und es sind nicht nur die dortigen Pfadfinder, sondern auch die polnischen Soko's erschienen, die bekanntlich vor der Abstimmung in Oberschlesien Träger der polnischen Aufstandsbewegung waren.

Nach dem Bericht der polnischen Presse haben an der Feier polnische Organisationen aus ganz Oberschlesien teilgenommen. Auch der polnische Generalkonsul Malchowicz war erschienen. Man hatte eine Unmenge Fahnen und Standarten mitgenommen und ließ in der Rosberger Pfarrkirche eine Messe lesen. Die neue Fahne der Beuthener polnischen Pfadfinder trugen kleine Mädchen, die in der kleidenden Rosberger Bauerntracht, die deutschen Ursprungs ist, steckten.

Nach der Messe sollte in der Kirche die Fahnenweihe stattfinden. Dies unterblieb jedoch, weil der Rosberger Pfarrer Strzybny, den die polnische Presse einen Zentrumshafatisten nennt, die Weihe mit der Begründung abgelehnt hatte, daß die Pfadfinder nicht zu denjenigen Organisationen gehören, deren Standarten man kirchlich einweihen. Die polnische Presse nennt die Haltung des Pfarrers „skandalös“. Die Fahnenweihe vollzog darauf der Vorsitzende der polnischen Pfadfinder in Deutschland, Direktor Powolny, in einem Restaurant. Er forderte die polnische Jugend auf, diese „mit Tränen geweihte polnische Fahne“ noch mehr zu lieben und ihrer Idee bis zum Tode getreu zu dienen. Nach der Fahnenweihe wurden besonders verdienten polnischen Pfadfindern Ehrenurkunden überreicht.

Die Demonstration der polnischen Pfadfinder wurde von keiner Seite gestört, obwohl die deutschen Pfadfinder auf dem Ring eine Gegendemonstration veranstalteten. Die Verweigerung der kirchlichen Weihe für die Fahne der Beuthener polnischen Pfadfinder hat — nach einer Meldung der „D. A. Z.“ — die polnische Pfadfindervereinigung außerordentlich in Aufruhr gebracht. Sie hat eine Protestversammlung abgehalten. Dabei wurde der Beschluss gefasst, an alle Pfadfinderverbände der Welt, u. a. nach London, Rom, Paris, Washington usw. gegen die Absage des Pfarrers Strzybny einen Protest zu richten.

Du liebe Welt! Wenn wir nur solche Tränen zu weinen hätten, mit denen angeblich die Fahne der polnischen Pfadfinder in Beuthen „geweiht“ wurde! Wenn wir nur Stoff für derart kindliche Proteste aufstreichen könnten. Wir wären mit Recht glücklich — oder auch unverschämt au nennen.

Bei uns gab es soeben erst einen Pfadfinder-Prozeß, in dem junge deutsche Männer ohne jede Bewährungsfrist zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt wurden, weil die in Bromberg polizeilich gemeldete Pfadfinderbewegung eine „Geheimbündelei“ sei und weil die deutschen Pfadfinder „versuchte Spionage“ getrieben hätten, die darin bestand, daß sie die wieder aufgegebene Absicht gehabt hätten, auf ihren Wanderfahrten deutsche Siedlungen in Kongresspolen zu besuchen und dabei (o Grus!) staatliche Notizen über die Wirtschaft dieser Kolonisten zu machen.

Vielleicht soll der lächerliche Beuthener Fahnenprozeß den Eindruck, den das Bromberger Urteil in der internationalen Pfadfinder-Bewegung hervorgerufen hat, wieder paralyseren. Vielleicht hat man das besonders deshalb nötig, weil man im Bromberger Pfadfinderprozeß entgegen der klaren Bestimmung der neuen polnischen Prozeßordnung den von der Verteidigung bekannten englischen Sachverständigen Alan C. Collingridge, der eigens zu diesem Zweck in ununterbrochener Fahrt von London nach Bromberg gereist war, einfach nicht verhört!

Was bedeutet aber der Beuthener Fahnenprozeß neben dem Pfadfinder-Prozeß in Bromberg und seiner Urteilsbegründung, die noch unglaublich klingt als die vom Gerichtshof festgesetzten Strafen selbst? Welcher deutsche Pfadfinder in Polen würde es jemals wagen, in öffentlicher Umfrage, in Gegenwart des deutschen Generalkonsuls seine Fahne zur Kirche zu bringen und dort weißen zu lassen? Wehe dem armen Jungen, der so hirnverbrannt wäre, an einer solche Demonstration überhaupt zu denken! Das Gefängnis steht ihm schon offen, wenn er nur die Absicht hat, seine Landsleute im Dorf zu besuchen und sie zu fragen, wieviel Hen ihre Wiege und wieviel Milch ihre Kuh zu geben pflegt! Und dabei besteht zwischen den deutschen Pfadfindern in Polen und den polnischen Pfadfindern in Deutschland ein gewichtiger Unterschied. Unsere jungen Leute sind ebenso wenig militärisch-politisch orientiert wie die große deutsche Pfadfinder-Bewegung im Reich. Dagegen stehen die polnischen Pfadfinder aus Deutschland offenkundig und ungefürchtet im Zusammenhang mit der militärisch organisierten staatspolnischen Jugendbewegung hierzulande.

So mutet uns der Beuthener Fahnenprozeß neben dem Bromberger Pfadfinder-Prozeß genau so an, als wenn ein Gesunder neben einem Schwerverwundeten steht und als ob dieser Gesunde, wenn jener auf seine Narben und Prothesen zeigt, laut über den vermeintlichen Mückenstich weint, den er erhalten haben will. So ist es um die „mit Tränen geweihte Fahne“ des polnischen Pfadfinderführers Powolny bestellt. Wir haben vor solchen Krokodilstränen und solcher Märtyrerglorie keine Achtung. Ob das angerufene „Weltgewissen“ sich respektvoller verhalten wird?

Vor der Parlamentsession.

Warschau, 22. Mai. (Eigene Meldung.) Sejmssaal d. d. M. um 12 Uhr mittags angesezt. Die Sejmankanzlei hat die Weisung erhalten, die Abgeordneten telegraphisch davon in Kenntnis zu setzen. Die Festlegung der Tagesordnung der ersten Sitzung der außerordentlichen Session, die am Freitag stattfinden wird, bildete gestern den Gegenstand der Beratungen des Sejmpräsidiums. Wie allgemein angenommen wird, wird die Tagesordnung die erste Lesung einiger angemeldeter Gesetzesprojekte und die weiteren Debatten über die Fragen enthalten, die infolge der plötzlichen Schließung der Budgetsession nicht zu Ende geführt worden sind. Der Gesetzesprojekte wirtschaftlicher Natur, die der zweiten Sitzung harren, gibt es bereits 21. Im Vordergrunde der Angelegenheiten, mit denen sich der Sejm befassen muß, stehen die Rechnungsschlüsse für das Jahr 1927/28 und die mit ihnen zusammenhängende Angelegenheit des gewesenen Ministers Czechowics, das

Gesetzesprojekt betreffend die Umsatzsteuer, die internationales Verträge, die ausläufigen Kredite für die Arbeitslosen, die Frage der Koncession für den Harriman-Konzern u. a. Was den angekündigten Antrag auf ein Migrantenkontor für die Stawel-Regierung betrifft, so ist man sich in den Sejmkreisen darüber noch immer nicht klar.

Der Senatskanzlei wird das Dekret über die Einberufung der außerordentlichen Session erst heute angehen.

Prognose für die morgige Sejmssitzung.

Warschau, 22. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Heute früh versandte die Sejmankanzlei 400 Depeschen an sämtliche außerhalb Warschaus befindlichen Abgeordneten mit einem Kostenaufwand von über 1000 Złoty. Auf parlamentarischen Gebiet erwähnt heute die Wirtschaftspartei der Regierung und selbst in der radikalen Opposition fehlt es nicht an Stimmen über die allgemeine Sorge über die Wirtschaftslage. Außerdem die von dem Sejmarschall Dąbrowski auf die Tagesordnung gesetzte Angelegenheit der Nachtragskredite für die verflossenen Jahre und die Frage der Überschreitung dieser Kredite, wegen der der frühere Finanzminister Czechowics angeklagt war, kann schon in der ersten Sitzung an einer Beratung der Session führen. Die Regierungskreise, die dem Marschall Piłsudski nahestehen, der bekanntlich seinen Eintritt in die Regierung Skawek von der Bedingung einer rein sachlichen Mitarbeit mit dem Sejm auf wirtschaftlicher Plattform abhängig gemacht, kündigen der gegenwärtigen Sejmssitzung keine lange Lebensdauer an.

Wieder ein Spionage-Prozeß gegen Deutsche.

Posen, 21. Mai.

Die Serie der Spionageprozesse gegen ehemalige und allgemein geachtete Angehörige unserer deutschen Minderheit ist noch immer nicht beendet. Kaum daß der Ulitz-Prozeß in Katowitz, der mit einer so glänzenden Rehabilitation des Angeklagten endete, verklungen ist, kaum daß die ungewöhnlich harten Urteile im Bromberger Deutschenbund-Prozeß und im Prozeß gegen die Pfadfinder gesprochen wurden, Urteile, die, wie wir mit Sicherheit annehmen, einer Revision unterzogen werden, — kaum also, daß wir glaubten, nun wenigstens eine Zeitlang vor solchen Aktionen Ruhe zu haben, die die angebliche Illloyalität der deutschen Minderheit „beweisen“ sollen, hat gestern wieder ein neuer, in seinen Ausmaßen allerdings kleinerer, aber darum nicht weniger charakteristischer Spionage-Prozeß gegen zwei deutsche Männer in Ostrowo begonnen.

Es handelt sich diesmal um den Landwirt Emil Neumann und den Wanderlehrer Erwin Wolski, beide aus Ostrowo, die beide bereits im vergangenen Jahre wegen Spionageverdacht eine mehrmonatige Untersuchungshaft hatten durchmachen müssen, dann aber — Neumann erst nach sechs Monaten — wieder freigelassen wurden.

Die Anklageschrift

wirft Neumann vor, sich ohne Erlaubnis der Starostei im sogenannten Grenzonen-Gebiet des Kreises Adelnau aufzuhalten und sich damit gegen Art. 6 und 9 der Verordnung des Staatsverteidigungsrats vom 20. Juli 1920 strafbar gemacht zu haben. Hierzu bemerkte das „Pos. Tagebl.“, daß die fragliche Grenzonenverordnung, die in den Übergangsjahren erlassen wurde und damals ihre Berechtigung gehabt haben mag, praktisch schon lange zu bestehen aufgehört hat. Ein Überbleibsel aus alter Zeit, veraltet und längst überholt. Voller unzeitgemäßer Bestimmungen, an die sich jetzt, wie jederzeit nachzuweisen ist, kaum ein Anwohner dieses 2-Kilometer-Grenzstreifens weder hält noch halten kann. Und das unter stillschweigender Willigung der Grenzpolizei, die hier eine genaue Kontrolle selbst bei bestem Willen gar nicht durchführen kann.

Im zweiten Hauptpunkt der Anklage wird Neumann zur Last gelegt, sich Notizen über den Ausbau des Grenzbahnhofs Suschken gemacht und zur Veröffentlichung im „Lissaer Tageblatt“ weitergegeben zu haben, die die militärische Verteidigung des Staates betreffen und daher im Staatsinteresse geheim zu halten waren (Vergehen gegen Art. 11, § 1 der Verordnung des Staatspräsidenten vom 16. 2. 1928). Diese „staatsgefährliche“ Notiz, die im „Lissaer Tageblatt“ Nr. 110 vom 12. 5. 1928 erschienen ist und von keinem Zensor beanstandet wurde, aber lautete so:

Unmittelbare Verbindung Warschau—Breslau.

Nurz vor Fertigstellung des Suschener Bahnhofs.

„Die Beendigungen der Erdarbeiten an dem Erweiterungsbau des Bahnhofs Suschken schreiten ständig vorwärts. Etwa 200 Arbeiter, die in zwei Arbeitsschichten arbeiten, sind beschäftigt, um den neuen Grenzverkehrsbahnhof fertigzustellen. Vier neue Rangiergleise sind bereits in Betrieb und die Aufschüttungsarbeiten zu der neuen Zufahrtsstraße werden in Kürze beendet. Der Sachengängerschuppen, die

Grenzgüterabfertigung und das Wohnhaus für die Grenzbeamten sind bereits im Rohbau fertiggestellt worden, und an dem neuen Stationsgebäude wird fleißig gearbeitet. Außerdem soll an der Straße für die Grenzgendarmerie ein Wohnhaus errichtet werden. Wie man aus zuverlässiger Quelle erfährt, wird der neue Grenzverkehr bereits am 15. d. M. beginnen. Auf deutscher Seite ist der Grenzbahnhof Neumittelwalde bereits fertiggestellt worden. Mithin wird nun eine direkte Eisenbahnverbindung zwischen Warschau und Breslau hergestellt, die über Kalisch, Ostrowo, Großgraben, Öl geboten werden wird.“

Auf einer solchen Notiz also baut sich hauptsächlich eine Anklage wegen Spionage und Verrat militärischer Geheimnisse auf. Zur Sammlung dieses „Materials“ benötigte der Staatsanwalt nahezu zwei Jahre; mußte der jetzige Angeklagte eine sechsmonatige Untersuchungshaft mit all ihren physischen und psychischen Qualen über sich ergehen lassen!

Dem zweiten Angeklagten, dem Wanderlehrer Erwin Wolski, wird vorgeworfen, im Kreise Kempen Nachrichten gesammelt zu haben, die im Staatsinteresse geheim zu halten waren (Vergehen gegen Art. 5, Ziffer 1 der Verordnung des Staatspräsidenten vom 16. 2. 1928). Eine Anklage, die mithin etwa in gleicher Linie läuft und an die bekannten Beihilfungen im Pfadfinderprozeß erinnert.

Den Vorfall in der heutigen Verhandlung führt der Vizepräsident des Ostrauer Bezirksgerichts Dr. Gmurowski, dem zwei Berufsrichter beigegeben sind. Die Anklage liegt in den Händen des Vizestaatsanwalts Dr. Malota. Die Verteidigung hat Staatsanwalt Grzegorzewski aus Posen übernommen. Die beiden Angeklagten sind zur Stelle. Vorgeladen sind ferner drei Zeugaben (zwei Kriminalbeamte aus Ostrowo und ein Postausführer aus Suschken), ferner als Sachverständiger der bereits aus dem Deutschenbund-Prozeß bekannte Hauptmann Koenig aus Posen. Vor Verlehung der Anklageschrift stellt der Staatsanwalt den Antrag auf Ausschluß der Öffentlichkeit, der Verteidiger widerlegt sich jedoch dem Antrage. Das Gericht beschließt nach kurzer Beratung, dem Antrage des Staatsanwalts vor der Hand nicht stattzugeben und die Einfachheit nötigenfalls nur von Fall zu Fall auszuschließen.

Nach Beendigung der üblichen Formalitäten wurde mit der

Bernehmung des Angeklagten Neumann begonnen. Neumann schildert seine Tätigkeit während der Wahl als Vertrauensmann der deutschen Liste sowie als Sekretär des deutschen Seimbureaus in Ostrowo. Auf die Frage des Vorsitzenden, woher das Material für den Artikel über den Suschener Bahnhof im „Lissaer Tageblatt“ stamme, antwortete Neumann, daß er die Unterlagen aus polnischen Blättern übernommen, übersetzt und dem „Lissaer Tageblatt“ zur Veröffentlichung angeschickt habe. Darauf geht der Vorsitzende zur Bernehmung des Lehrers Wolski über und stellt in diesem Zusammenhang an Neumann die Frage, wann er mit Wolski bekannt geworden sei. Neumann erklärt darauf, daß er Wolski erst kurz vor seiner Verhaftung kennen gelernt habe. Der Vorsitzende fragt: „Haben Sie Herrn Wolski Geld gegeben?“, worauf Neumann antwortet: „Ich habe selbst kein Geld gehabt, folglich konnte ich Wolski keines geben!“

Die Verhandlung dauert noch an. Wann das Urteil zu erwarten ist, läßt sich noch nicht übersehen.

44 Abgeordnetenmandate ungültig.

Warschan, 21. Mai.	Bisher hat der Oberste Gerichtshof die Wahlen folgender Kreise aufgehoben:
Sandomiers	5 Mandate
Duck	6 "
Lida	7 "
Gnesen	5 "
Tarnopol	10 "
Swienciany	6 "
Kowal	5 "
<hr/>	
zusammen 44 Mandate.	

Die Ungültigkeitserklärung von 44 Mandaten zieht auch die Aufhebung einiger Mandate von der Staatsliste nach sich, so daß die Zahl der vom Obersten Gericht für ungültig erklärt Mandate annähernd 50 betragen dürfte.

Abgelehrter Wahlprotest.

Warschan, 20. Mai. (PAT) Das Oberste Gericht beschäftigte sich gestern mit einem Protest, der gegen die im Bezirk 21 (Biala-Podlasie) stattgefundenen Sejm-wahlen eingegangen war. Der Protest wurde abgelehnt.

Dr. Grażynski bei Śląsk.

Warschan, 22. Mai. Der Staatspräsident hat am Dienstag das Dekret über die Einberufung des Schlesischen Sejm unterzeichnet. Die erste Sitzung soll am 27. Mai stattfinden und vom Wojewoden Dr. Grażynski eröffnet werden. An diesem Tage empfing der Ministerpräsident Śląsk den schlesischen Wojewoden, um sich von ihm über die politische Lage in Oberschlesien im Zusammenhang mit den letzten Wahlen zum Sejm unterrichten zu lassen.

Im Zusammenhang damit werden wiederum Gerüchte laut, daß Dr. Grażynski abberufen werden soll, weil es ihm bisher nicht gelungen ist, in Oberschlesien eine tragfähige politische Einheitsfront zu schaffen. Der Wahlausgang zum Schlesischen Sejm hätte in Warschauer Regierungskreisen enttäuscht. Andere Gerüchte dagegen wollen wissen, daß Dr. Grażynski außerordentliche Vollmachten erhalten habe, und daß er das volle Vertrauen seiner Warschauer Freunde genieße.

132 Millionen für Banzwede.

Warschan, 21. Mai. Der Präsident der Landeswirtschaftsbank Dr. Górecki hat auf eine Anfrage des Korrespondenten der "Gazeta Zachodnia", ob der aus der neu emittierten Prämienanleihe erlangte Fonds in Höhe von 50 Millionen Goldzloty noch in dieser Saison Verwendung finden wird, folgende Antwort erbracht:

Für die diesjährige Bauaktion sind bekanntlich Kreide aus der Landeswirtschaftsbank in Höhe von nahezu 66 Millionen Złoty, sowie etwa 16 1/2 Millionen Złoty aus der Aktion des Ministers für Arbeit und Soziale Fürsorge vorgesehen. Der gesamte Fonds aus der Bananleihe in Höhe von 50 Millionen Goldzloty wird außer den erwähnten Beträgen vermehrt werden. Die Regierung hat somit zur Belebung der Baubewegung in der laufenden Saison einen Betrag von nahezu 132 Millionen Złoty bestimmt. Der Finanzplan der diesjährigen Bauaktion ist so aufgestellt, daß das Geld aus der Bananleihe in der zweiten Hälfte der Saison eingehen wird; in der ersten Hälfte wird die Aktion aus Krediten der Landeswirtschaftsbank und aus der Aktion des Ministeriums für Arbeit und Soziale Fürsorge genährt werden.

Bor der deutsch-polnischen Zollkonferenz.

Warschan, 22. Mai. (PAT) In Beantwortung des der Reichsregierung unterbreiteten Vorschlags der Polnischen Regierung, am 21. d. M. Unterhandlungen zwischen Polen und Deutschland aufzunehmen, um es Polen zu ermöglichen, die internationale Konvention über die Aufhebung der Einfuhrverboten und Einschränkungen zu ratifizieren, hat sich die Deutsche Reichsregierung bereit erklärt, mit diesen Unterhandlungen am 23. Mai zu beginnen. Dieser Termin wurde von der polnischen Regierung akzeptiert, und heute begeben sich Vertreter Polens zum Beginn dieser Konferenz nach Berlin.

Telegraphisch abberufen.

New York, 20. Mai. Wie amerikanische Blätter melden, hat der polnische Generalkonsul in Chicago, Dr. Alexander Szczepański, die telegraphische Weisung erhalten, nach Warschau zurückzukehren, wo er den Zentralbehörden zur Verfügung gestellt werden soll.

Dr. Szczepański, der früher Generalkonsul in Beuthen war, war im Frühjahr vorigen Jahres an Stelle des ebenfalls zur Zentralbehörde abberufenen Dr. Bolesław Kurnikowski nach Chicago versetzt worden.

Danzigs Hilferuf.

Im Hauptausschuß des Danziger Volksstages gab Staatspräsident Dr. Sahm bekannt, daß die Freie Stadt den Völkerbundkommissar offiziell erucht habe, in der Frage der vollen Ausnützung des Danziger Hafens durch Polen und Beschränkung der Konkurrenz Gdingens eine Entscheidung zu treffen. Polen habe in Versailles die Lösung Danzigs vom Reich unter der Begründung durchsehen können, daß Danzig Polens einziger Zugang zum Meere sei. Jetzt rüste es das Fischerdorf Gdingen zu einem eigenen Großhafen aus und versuche mit allen Mitteln den Handelsverkehr von Danzig nach Gdingen abzulenken. Damit werde für Danzig ein bedrohlicher Zustand geschaffen, der weite Bevölkerungskreise der Vereinigung preisgebe und zu den Verträgen in Biderspruch stehe. Der Oberkommissar müsse Polen dazu auffordern, seinen vertraglichen Verpflichtungen Genüge zu tun, den Danziger Hafen voll auszunutzen und alle Begünstigungen und Förderungen anderer Häfen zu unterlassen.

Eine Darlegung der Rechtslage erinnert daran, daß Danzig nur in seiner Eigenschaft als Wirtschaftshafen für das polnische Hinterland seine neue staatsrechtliche Stellung erhielt, so daß es rechtmäßig ist, wenn Polen jetzt, anstatt diesen Hafen auszunutzen, ihn systematisch wirtschaftlich abschneidet.

Der Senatspräsident drückte die Hoffnung aus, daß der Haager Gerichtshof in der Frage des Beitritts Danzigs zum Internationalen Arbeitsamt im Sinne des Antrages der Freien Stadt entscheiden werde.

Der polnische Standpunkt.

Zu dem obigen Antrage des Senats der Freien Stadt Danzig bemerkte die offizielle Polnische Telegraphen-Agentur, daß in der Frage der Zusammenarbeit zwischen dem Danziger Hafen und dem Hafen in Gdingen bereits im vorigen Jahre Verhandlungen zwischen der polnischen Regierung und dem Senat der Freien Stadt Danzig stattgefunden hätten. Der Senat habe die Unterredungen eingestellt, ohne zu den letzten von polnischer Seite gemachten Bemerkungen Stellung zu nehmen. Man müsse sich daher darüber wundern, daß der Danziger Senat die Sache ohne die Beendigung der Gespräche abzuwarten als strittig ansiehe und sich an den hohen Kommissar des Völkerbundes wende. Diese Tatsache sei um so charakteristischer, als sie von einer gewissen Eile zeuge, mit der der Danziger Senat diese Angelegenheit vor die Organe des Völkerbundes bringen will. Was den Kern der Sache sowie den Charakter der Darlegungen des Präsidenten Sahm betreffe, so müsse betont werden, daß sich der Danziger Antrag auf nicht bestehende rechtliche Voraussetzungen und auf verunstaltete wirtschaftliche Voraussetzungen stütze, was ihm einen unbedeutenden Charakter verleihe. Der Antrag sei eher auf äußeren Effekt berechnet und verfolge politische Ziele.

Der bürgerliche Block endgültig gescheitert.

Danzig, 22. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Die Versuche, den gesprengten bürgerlichen Regierungsblock wieder zusammenzubringen, sind endgültig gescheitert. Bis auf weiteres wird der hauptamtliche Senat mit Präsident Sahm an der Spitze allein die Geschäfte weiterführen.

Schwere Kabinettsskrise in England.

Vor der Parlamentsauflösung?

Gewissermaßen über Nacht ist in London eine Kabinettsskrise ausgebrochen. Sie begann zunächst mit dem Rücktritt des Ministers Sir Oswald Mosley, der im Kabinett nur den unwichtigen Posten des Kanzlers von Lancaster innehatte. Trotzdem ist Mosley von besonderer Bedeutung für die Regierung, nicht nur wegen seiner persönlichen Stellung in der Partei, sondern weil er einer der Minister war, die zusammen mit dem Lordseigelbewahrer Thomas die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit als Hauptaufgabe erhalten hatten. Mosleys Rücktritt ist denn auch ein offener Protest gegen die Arbeitslosenpolitik der Regierung, die alles andere als aktiv gewesen ist. Die Arbeitslosenziffer in England hat die beispiellose Höhe von 1 1/4 Millionen erreicht. Mosley hat zusammen mit zwei anderen Kabinettsmitgliedern ein Memorandum abgefaßt, in dem er hauptsächlich die Pläne des Theoretikers der Arbeiterpartei, des Professors Cole, zum Ausgangspunkt nahm. Dieses Memorandum, welche als Hauptpunkte die Pensionierung von Arbeitern über 60 Jahre und die Mobilisierung einer Summe von 250 Millionen Pfund zur Ausführung öffentlicher Arbeiten vorsah, wurde von dem Kabinettskomitee unter Führung von Snowden und Arbeitsminister Miss Bonfield abgelehnt mit der Begründung, daß die Arbeiterpensionierung den Staatsfiskus zu stark belasten würde und daß die Ausbringung einer Summe von 250 Millionen Pfund für die genannten Zwecke nicht möglich sei.

Da Mosleys Programm aussichtslos ist, hat er seinen Rücktritt heute im Unterhaus offiziell erklärt und damit, wie namentlich liberale Blätter betonen, das Prestige der Regierung stark beeinträchtigt.

London, 22. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Die Regierung Macdonald ist ernstlich bedroht. Die Gefahr kommt von drei Seiten: 1. durch den radikalen Flügel der Arbeiterpartei, 2. durch einen Vorstoß der Konservativen im Zusammenhang mit dem Vertrag der Londoner Flottenkonferenz, 3. durch einen starken Druck der Liberalen auf schleimige Änderung des Wahlrechts. Bei der heutigen Aussprache der Arbeiterpartei wird Sir Oswald Mosley einen Antrag einbringen, der von den Parteiführern als ein direktes Misstrauensvotum betrachtet wird. Während Macdonald und mit ihm verschiedene andere Führer für eine strikte Anwendung der Disziplinarmmaßnahmen eintreten, bemüht sich Außenminister Henderson um einen Ausgleich. Er hat eine Konferenz zwischen dem nationalen Volksgremium der Arbeiterpartei und dem Volksgremium der unabhängigen Arbeiterpartei einberufen, auf der die Meinungsverschiedenheiten besprochen werden sollen. Henderson sucht auf diesem Wege eine Absplitterung des linken Flügels zu verhindern, die in diesem Augenblick zu einem baldigen Sturz der Regierung im Unterhaus führen müßte. Die Ablehnung des Antrages Sir Oswald Mosleys gilt als sicher, trotzdem die Gefahr noch nicht überwunden ist, da am kommenden Mittwoch im Unterhaus eine erneute Aussprache über die Arbeitslosenfrage stattfindet.

Die Konservativen haben einen von Baldwin, Sir Austen Chamberlain und anderen Mitgliedern unterzeichneten Antrag eingebracht, der die Bildung eines Ausschusses von 11 Parlamentsmitgliedern zur Prüfung der Bestimmungen des Flottenvertrages verlangt. Die Regierung wird der konservativen Forderung auf erneut: Erörterung des Flottenvertrages im Unterhaus zustimmen, jedoch voraussichtlich gegen die Einschaltung eines Elter-Ausschusses Stellung nehmen.

Am Mittwoch abend fand eine zweistündige Konferenz zwischen Macdonald und Lloyd George über die Wahlrechtsfrage statt. Ob es gelingen wird, bis zur neuen Arbeitslosenansprache zu einer Verständigung über die Frage zu gelangen, ist zweifelhaft. Das Regierungsblatt "Daily Herald" gibt in einem Leitartikel die Gefahren für den Bestand der Regierung offen zu. Von verschiedenen politischen Seiten wird übereinstimmend darauf hingewiesen, daß Macdonald entschlossen ist, für den Fall einer Abstimmungsniederlage am kommenden Mittwoch das Parlament aufzulösen.

Macdonald fährt schweres Geschütz auf.

London, 22. Mai. (PAT) Wie das Reuters-Bureau erfuhr, hat sich Ministerpräsident Macdonald entschlossen, in der heutigen Sitzung des Unterhauses den Angriffen der linksradikalen Labour-Partei ein Ziel zu setzen. Wahrscheinlich wird Macdonald die Vertrauenfrage stellen und seiner Partei aufzündigen, daß er, falls das Vertrauensvotum nicht beschlossen und die Entscheidung des Ministers Mosley



vereinigt die beiden Eigenschaften, auf die man bei einer Zahnpasta ganz besonders zu achten hat: Reinigungskraft und völlige Unschädlichkeit. Odol-Zahnpasta ist in ihrer Wirkung unerreicht.

nicht zurückgezogen werden sollte, dem König die unverzügliche Auflösung des Parlaments und Ausschreibung von Neuwahlen empfehlen werde.

Ein blutiger Erfolg Tschiangkaischels.

Shanghai, 22. Mai. (PAT) Nach einem mehrtagigen erbitterten Kampf, an dem auch eine Taub-Abteilung und Aeroplane teilnahmen, bemächtigten sich die Regierungstruppen der stark befestigten Ortschaft Szeiteh an der Grenze der Provinz Honan-Kiangsi. Tschiangkaischel, der die Kampfhandlungen selbst leitete, befahl schließlich seiner ersten Musterdivision, die von deutschen Instrukteuren geschult worden ist, in die Mauern eine Bresche zu schlagen und die Stadt im Sturm zu nehmen. Nach dem amtlichen Bericht wurden 600 Mann gefangen genommen, 8 Kanonen und viele Maschinengewehre erbeutet. Die Verluste in den Kämpfen betragen etwa 3000 Mann.

Der indische Aufstand.

Neue Taktik im Kampfe gegen England.

London, 21. Mai. Im Laufe des Sonnabend und Sonntag stürmten die Ghändisten wiederholt die Salzdiederei in Badala. Die erste Freiwilligen-Abteilung in Stärke von 415 Mann wurde von der Polizei umzingelt und ins Gefängnis abgeführt. Auf dem Wege dorthin flüchteten 50 Häftlinge, die abermals einen Angriff unternahmen, jedoch auch diesmal verhaftet wurden. Durch Erfahrung schlauer geworden, teilten sich sodann die Hindus in kleine Gruppen, die von allen Seiten die Salzdiederei zu stürmen versuchten. Die einzelnen Gruppen wurden jedoch früher oder später ebenfalls durch die Polizei aufgegriffen.

Das Vollzugskomitee des allindischen Kongresses griff zu einem recht originellen Mittel, um es der Polizei unmöglich zu machen, die Ghändisten andauernd ins Gefängnis zu stecken. Es wurde einfach beschlossen, die Gefängnisse zu überfüllen. Zu diesem Zweck wird täglich eine neue Abteilung von 100 Leuten aufgestellt, die die Siedereien angreifen werden, bis zum Augenblick, da die Polizei auf weitere Verhaftungen verzichten wird.

Wie aus Scholapur gemeldet wird, hat der Kommandeur der englischen Truppen das Urteil gegen 23 Hindus, die an den letzten Exzessen teilgenommen hatten, bestätigt. U. a. wurde das Urteil bestätigt, durch das der Sekretär des Nationalkongresses zu sieben Jahren Buchthaus verurteilt worden war, sowie das Urteil gegen den Vorsitzenden des Kongresses, das auf fünf Jahre Buchthaus lautete.

Verschärfung der Lage in Bombay.

London, 21. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) In Bombay ist eine Verschärfung der Lage eingetreten. Ein von dem Salzlagern in Badala zurückkehrender Freiwilliger ist am Mittwoch von einer Straßenbahn überfahren und getötet worden. Gerüchte über seine Tötung durch die Polizei führten zu großen Kundgebungen und zur Schließung der Geschäfte und der Börse.

In Dharasana hat der Kriegsrat die Freiwilligen aufgefordert, einen neuen Sturm auf das Salzlagern zu unternehmen und zu versuchen, durch die Stacheldrahtanlagen hindurchzukommen. In der Nähe von Madras hat die Polizei bei der Auflösung einer Kundgebung von der Schiesswaffe Gebrauch gemacht, wobei verschiedene Personen verletzt wurden.

Die indischen Mohammedaner von der Krise mit erfaßt.

Bombay, 22. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) 400 Mann englische Truppen sind von hier nach der Eisenbahnstation Dungart bei Dharasana abgesandt worden. — In Thelum sind bei einer Kundgebung 96 hervorragende moslemische Führer verhaftet worden. — Die Stimmung der indischen Mohammedaner hat sich verschlechtert; es werde schwer, die Massen noch länger im Raum zu halten.

28 Tote bei einem Eisenbahnunglück.

Moskau, 21. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) An der Eisenbahnlinie Moskau-Kasan kamen bei einem Zusammenstoß eines Personenzuges mit einem Güterzug 28 Personen ums Leben, 31 wurden schwer verletzt.

Zu dem Personenzug befanden sich viele Kinder zur Erholung, die nach der Tartarenrepublik unterwegs waren. Vier Wagen gerieten in Brand und wurden völlig zerstört. Bis jetzt konnte nur festgestellt werden, daß der Personenzug anstatt mit der vorgeschriebenen Geschwindigkeit von 40 Kilometern mit 60 Kilometer Stundengeschwindigkeit fuhr. Die beiden Lokomotivführer sind getötet.

20 Todesopfer und 39 Erkrankte in Lübeck.

Lübeck, 22. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Wie das Lübecker Gesundheitsamt am Donnerstag vormittag mitteilte, sind von den im Hospital liegenden Kindern wiederum 3 weitere gestorben, so daß die Zahl der Todesopfer jetzt 20 beträgt. Davon können 16 Fälle als Folge der Ernährung mit Calmette-Präparaten bezeichnet werden, während bei den übrigen vier Fällen die Todesursache eine andere ist.

Die Zahl der erkrankten Säuglinge im Kinderhospital ist von 37 auf 39 gestiegen, während ein Kind wieder genesen ist.

Bromberg, Freitag den 23. Mai 1930.

Pommerellen.

Besäufnisprämien — Konsensentziehung.

Wir berichteten kürlich über die Unterschlagungsauffäße beim Graudenzer Spiritusmonopol. In letzter Zeit hatte man bekanntlich den Beamten der einzelnen Monopolniederlagen Belohnungen zugesagt, wenn sie es fertig brächten, den Umsatz zu heben. Was Wunder, wenn die Beamten, die keineswegs gut bezahlt werden, sich den Kopf darüber zerbrachen, ein System zur Hebung des Umsatzes zu erfinden. Prämien in Höhe von 120 Prozent des Monatsgehalts sind nicht zu verachten, aber für die Anstellung von Antimordamen hätte die Sache auch nicht gereicht. So kamen die Graudenzer Monopolbeamten auf einen anderen Trick: Sie gaben nach Wunsch Waren auf Kredit, selbst in einer Menge, die im keinem Verhältnis zu der Kreditfähigkeit der betreffenden Firma stand. Der Staat hatte keine Aussichten, das Geld für die ausgegebene Ware jemals zu erhalten — aber der Umsatz stieg, stieg und stieg. Die Monatshöhe von 45 000 Litern war längst überschritten und die Beamten strichen ihre Provisionen ein. Schließlich kam dieser eigenartige Schwindel doch an das Licht der Aufsichtsbehörden, die immer höhere Defizite zu verbuchen hatten. Man verhaftete eine ganze Reihe von Beamten, die jetzt im Gefängnis Muße haben, über neue Möglichkeiten nachzudenken, wie man zu den ersehnten Provisionen kommen kann.

Diese "Besäufnisprämien" stehen aber in einem eigenständlichen Gegensatz zu den Konsensentziehungen, die mit der Begründung erfolgten, man müsse dem Alkoholverbrauch und der Trunkucht steuern. Man ruiniert hunderte von Existenz, angeblich um die Moral zu heben, zahlt aber gleichzeitig Prämien für höhere Umsätze in Spirituosen.

324 Schankkonzesse in deutschen Händen wurden liquidiert. Es ist nicht anzunehmen, daß einer dieser Liquidierer irgendwelche Monopolkredite in Anspruch genommen hat. Gerade die deutschen Gastwirte zahlten recht pünktlich ihre Rechnungen und ihre Steuern, die oft die Zahlkraft überschritten. Mit der den Deutschen eigenen Bähigkeit aber wurden diese Lasten durch Mehrarbeit und allergrößte Sparsamkeit ausgebracht, um die Existenz zu sichern. Es sollte nichts nützen. Die Früchte jahrelanger angestrengter Arbeit wurden mit einem Schlag vernichtet. Die Lokale mit Einrichtung sind unverkäuflich, da auch sogenannte Privilegierte auf ein solches Lokal keinen Konsens bekommen.

Um nun zu retten, was zu retten ist, verkauft man die Einrichtung. Die dabei erzielten Preise erbringen kaum die Summe für die seinerzeit gezahlte Polstur. Trotzdem sind die Räume nicht zu vermieten, wenn nicht vorher umgebaut wird. Kostenlos die Bauvorschriften für Restaurants deren Besitzer viel Geld, so sind sie für neuerliche Umbauten zu verarmt. So stehen hunderte vor einem nichts mit den noch zu zahlenden Steuerzetteln für das verslopene Jahr in der Hand.

Sie wurden ruiniert, um die Moral zu heben. An anderer Stelle zahlt man Prämien, um den Alkoholumsatz zu heben. Und schädigt, wie die Graudenzer Vorfälle beweisen, den Staatszahler in doppelter Hinsicht

22. Mai.

Graudenz (Grudziadz).

Die diesjährigen Podenimpfungen finden im Landkreis Graudenz wie folgt statt: Im 1. Bezirk am Freitag, 20. Mai; im 2. Bezirk am Dienstag, 10. Juni; im 3. Bezirk am Freitag, 13. Juni; im 4. Bezirk am Sonnabend, 14. Juni. Den einzelnen Bezirken ist je eine entsprechende Anzahl von Ortschaften zugewiesen, zu denen sich der impfende Kreisarzt im Laufe der Impftage nacheinander begibt. Die Impfungen dauern im 1. und 2. Bezirk von morgens 8 bis abends 8 Uhr, im 3. Bezirk von morgens 8 bis abends 6.30 Uhr und im 4. Bezirk von nachmittags 3 bis 5 Uhr.

Stenerbestätigung. Die vom Kreistag des Landkreises Graudenz am 26. 2. 30 beschlossene Steuer von den Wohngebäuden in den Dorfgemeinden für 1930/31 ist vom Innen- und Finanzministerium mit einigen Ergänzungen bzw. Änderungen bestätigt worden. U. a. hat das Statut eine Abänderung dahin erfahren, daß die beiden halbjährlichen Raten der Steuer im Laufe von 14 Tagen nach Einladung der Zahlungsauflorderung bzw. zwischen dem 15. 10. und 15. 11. zu entrichten sind.

Es ist noch nicht so weit, nämlich mit dem Empfang der 200 000 Zloty, die der Stadt zum Bau von Arbeiterwohnungen aufständigen Orts zugesagt wurden. Die Mitteilung eines hiesigen Blattes, daß Graudenz diese Summe bereits erhalten habe, bestätigt sich, wie wir auf Erkundigung an kompetenter Stelle erfuhren, leider nicht. Das Geld ist, wie gesagt, versprochen, und man kann nur hoffen, daß, zumindest bei der vorgerückten Saison, die Sache baldigst verwirklicht werde. Bei diesem Stande der Angelegenheit trifft es natürlich auch nicht zu, daß, wie das Blatt mitteilt, "eine spezielle Kommission am Mittwoch die schon für den Bau eingereichten Offerten durchsehen wird". Daraus kann, so wurde uns gesagt, keine Rede sein, da die Arbeiten für den Fall des Bauens in üblicher Weise erst ausgeschrieben werden.

Durch einen Einbruch erheblich geschädigt wurde der Kaufmann Bronislaw Gracza in der Culmerstraße (Chelmńska) Nr. 81. Unbekannte Täter haben aus seinem Geschäft in der Nacht zum Mittwoch Lebensmittel u. a. im Werte von etwa 1200 Zloty gestohlen. Die Polizei hat nach Aufnahme des Tatbestandes hinter den Einbrechern eine gründliche Verfolgung eingeleitet.

Festgenommen wurden nach dem letzten Polizeibericht vier Personen, darunter ein Dieb, eine Person wegen Schlägerei und Körperverletzung und eine betrunkene Frauensperson. Gestohlen wurden der Frau Anastazja Zuracka, Mühlenstraße (Młyńska) 1, ein Anzug und ein Wandbild im Gesamtwerte von 250 Zloty, ferner Leon Głowinski, Schützenstraße (Marss. Focha) 11, Spirituosen für ca. 20 Zloty.

Vereine, Veranstaltungen &c.

Wirtschaftsverband städtischer Vereine. Die Sprechstunde im Goldenen Löwen findet am Donnerstag, dem 22. Mai, nicht statt. (6102)

Thorn (Toruń).

Das große Gebäude der Staatlichen Forstdirektion in der Mellestraße (Mickiewicza), mit dessen Bau im Jahre 1928 begonnen wurde, sieht bald seiner Vollendung entgegen. Das zweistöckige Gebäude hat einen Rauminhalt von 47 000 Kubikmeter. Die mit 800 000 Zloty veranschlagten Baukosten haben die Summe von 700 000 Zloty nicht überschritten.

In dem Erdgeschoß werden die Rechnungsbüros, Registraturen und Kanzleien untergebracht werden. In der Mitte des ersten Stockwerkes befindet sich eine große Aula, an die die Direktionszimmer für den Direktor und Bizedirektor anstoßen; außerdem wird das erste Stockwerk zur Aufnahme der Personen-, Handels- und Wirtschaftsabteilungen und des Forstinspektors dienen. Im zweiten Stockwerk über der Aula werden die Zeichensäle für die Meliorationsentwürfe sowie die Bauabteilung untergebracht werden. Die Kellerräume werden teilweise als Wohnung für die Amtsdienner und Heizer dienen; in zwei Räumen sollen die archivarischen Sammlungen untergebracht werden. In dem Seitenflügel befinden sich Wohnungen für den Vizedirektor und den Inspektor der Staatsforsten, die schon teilweise bewohnt werden.

Nach der Mellestraße zu wird das Gebäude durch große Sandsteinquader geschmückt. In den nächsten Tagen werden noch zwei Bärenskulpturen zu beiden Seiten des Haupteinganges aufgestellt. Die entgegengesetzte Seite nach dem Hof zu erhält gärtnerische Anlagen. Der für die Beendigung der Arbeiten vorgesehene Termin (15. Juni) wird nicht eingehalten werden können, da manche Arbeiten noch sehr im Rückstand sind.

Der Magistrat kündigt sämtliche Hypotheken! In letzter Zeit hat der Magistrat sämtliche Hypotheken auf Hausgrundstücken gekündigt. Fällig waren diese ja nach dem Gesetz bereits Ende des Jahres 1928. Bei der Kündigung hat es der Magistrat aber fertig gebracht, von den Schuldnern eine Aufwertung von 40 bis 100 Prozent zu fordern. Es sieht demnach so aus, als ob alle Hypotheken Restaufgelder darstellen! So ist es aber nicht. Dem Magistrat steht nur das Recht zu, die Hypotheken auf 15 Prozent aufzuwerten.

Die Deutsche Fraktion im Stadtparlament berichtet den Bericht über die letzte Stadtverordnetenversammlung wie folgt: Nicht der Stadtpräsident, sondern Stadtverord-

neter Rundt stellte bei Beantragung der Vergabeung der Hundemarken den formellen Antrag, städtische Arbeiten in Zukunft nur durch öffentliche Ausschreibung zu vergeben. Dieser Antrag wurde widerspruchlos einstimmig angenommen. Ferner wurde in die Uferbahndiskussion nicht Stadtv. Rundt gewählt, sondern nur vorgeschlagen. Er zog aber seine Kandidatur zurück und schlug Stadtv. Doechn vor, der auch gewählt wurde.

Eine Autobusverbindung Thorn—Łódź für Personen- und Güterverkehr wurde dieser Tage neu eröffnet.

Statistisches von der Straßenbahn. Im ersten Quartal d. J. beförderten die städtischen Straßenbahnen insgesamt 1 002 277 Fahrgäste. Die größte Frequenz hatte die Linie Nr. 1 (Biegelei—Stadtbahnhof) aufzuweisen, auf die allein 672 000 Fahrgäste entfielen. Die Linie nach Mocker beförderte ca. 238 000 Passagiere und die Linie nach der Culmer Chaussee nur ca. 80 000. Die Nachtwagen der Straßenbahn wurden im gleichen Zeitraum von 11 900 Personen benutzt.

Laut letztem Polizeibericht wurden am Dienstag zw. kleine Diebstähle verübt, eine durch die Gerichtsbehörden in Schröda gesuchte Person verhaftet und Personen festgenommen, darunter je zwei wegen Hohlerei und Entziehens von der ärztlichen Kontrolle und drei wegen Trunkenheit.

Vereine, Veranstaltungen &c.

Humanitas. Himmelfahrt Familienausflug nach Rudak-Wendland. Treffpunkt 8 Uhr Stadtbahnhof. Preisschießen, Regeln, Glücksspiele, Tanz. Reintritt für die Weihnachtsbescherung der Armen. Bei Regenwetter den nächsten Sonntag. Um regen Besuch bitte Der Vorstand. (6111)

Schweiz (Swiecie). 21. Mai. Ein Raubüberfall wurde Dienstag vormittag an der Eisenbahnbrücke auf der Chaussee Terespol—Przechowro hiesigen Kreises auf den Malerlehrling Józef Kłapczyński aus Bukowice verübt. Indem die Banditen ihm einen Revolver vorhielten, schüchterten sie k. ein und durchsuchten die Taschen des Wehrlosen, der nur 4,80 Zloty bei sich hatte, die die Räuber an sich nahmen. Sie flüchteten dann, ohne k. weiter etwas anzutun. Die Polizei hat sich der Angelegenheit angenommen.

ch Konitz (Chojnice). 20. Mai. Vor der hiesigen Strafkammer begann heute ein Prozeß. In Eukowo bei Czersk trieb eine Einbrecherbande ihr Unwesen. Im Wald bei Eukowo in einer Höhle wurde die Diebesbeute versteckt. Das gestohlene Vieh wurde nach Danzig verschoben. Mit großer Umsicht war die Polizei hinter den Spitzbüben her, bis es gelang, die Bande unschädlich zu machen. Die Anklageschrift wurde "nur" 48 Anklagten zugestellt, von denen drei nicht erschienen sind, ein

Graudenz.

Ihre vollzogene Vermählung geben bekannt

Fritz Scheffler u. Frau Margarete geb. Felske

Bischofswerder z. Zt. Grudziądz, den 20. Mai 1930.

Kirch. Nachrichten. Sonntag, den 25. Mai 30. (Rogate)

Evangel. Gemeinde

Graudenz. Borm. 10

Uhr: Bis. Gürtler. 11/2

Uhr Kindergottesdienst.

Nachm. 8 Uhr Soldaten.

Montag, abends 8 Uhr:

Jungmädchen. Dienstag,

abends 8 Uhr Posau-

nen. Bör. 8 Uhr Posau-

weiterer Angeklagter ist inzwischen verstorben. 64 Zeugen werden auszusagen haben. Um 10 Uhr vormittags wurde die Verhandlung durch den Vorsitzenden Landgerichtspräsident Stanislaw Czerwinski eröffnet. Die Anklage vertritt Staatsanwalt Dr. Klech, die Verteidigung liegt in Händen des Rechtsanwalts Bystek-Czerwinski. Der Zuhörerraum ist überfüllt. Die Anklageschrift wirft den Angeklagten vor, daß sie mit dem Angeklagten Gramowski als Führer größere Diebereien ausführten und zwar sind insgesamt 120 Einbrüche festgestellt, ferner ein Überfall auf der Chanccee, begangen an einem Hausrat und ein Einbruch in einen verschlossenen Eisenbahnwagen auf dem Bahnhof in Czerwinski. Die Diebereien wurden in den Jahren 1928 und 1929 ausgeführt. Gramowski gibt sämtliche Straftaten zu und gibt auch an, wer seine Helfer waren. Diese wehren sich ganz energisch und erklären, daß sie mit dem Banditen Gramowski nichts zu tun hatten. Die Beweisaufnahme bringt sämtliche Straftaten der Angeklagten an das Tageslicht. Es gibt eigentlich nichts, was die Bande nicht gestohlen hätte. Um 7 Uhr abends fand die Vernehmung der Angeklagten ihren Abschluß. Die Verhandlung wurde um 7.30 Uhr abends abgebrochen und auf Freitag früh 9 Uhr fortgesetzt.

b. Lautenburg (Lidzbark), 20. Mai. Blutiges Tanzvergnügen. In der Schule in Langendorf (Kolonie Brzyski) fand kürzlich ein Vergnügen statt. Während des Vergnügens kam es zu Aufritten, wobei der Polizist Witkowski von einem bekannten Raubbold angefallen wurde. Der Beamte erholtet von ihm mit einem stumpfen Gegenstand einen Hieb auf den Kopf, daß er zu Boden fiel. In der Notwehr machte W. darauf von der blanken Waffe Gebrauch und verlehrte den Angreifer bedenklich, so daß dieser nach Hause geschafft werden mußte.

P. Landsburg (Wieckowice), 20. Mai. Der am heutigen Dienstag hier abgehaltene und gut besuchte Vieh- und Pferdemarkt war reichlich mit Kühen und Pferden bestückt. Gute Milchkühe kosteten 350—450 Zloty und darüber, mittlere Kühe wurden mit 250—300 Zloty bezahlt. Minderwertige standen mit 200—225 Zloty im Preise. Gute Pferde wurden mit 350—500 Zloty gehandelt. Für mittlere Tiere zahlte man 250—300 Zloty. Infolge der schlechten wirtschaftlichen Lage waren die meisten Marktbesucher im Kauf zurückhaltend und der Handel verlief recht schleppend.

* Gdingen (Gdynia), 21. Mai. Selbstmord durch Ertränken verübte der lettische Matrose Herbert Kreissis von dem in der heutigen Röde liegenden Doppelschraubendampfer "Windau", indem er von Bord ins Meer sprang. Bei K., dessen Leiche trotz angestrengten Suchens noch nicht geborgen werden konnte, machten sich Anzeichen einer Geisteskrankheit bemerkbar.

Kriegsmöglichkeiten?

Sind polnisch-russische Verwicklungen denkbar?

Ein Aufsatz des früheren lettischen Außenministers Beelens.

Im Berliner "Vorwärts" ist ein viel beachteteter Aufsatz des früheren lettischen Außenministers Beelens erschienen, den wir nachstehend im Wortlaut wiedergeben. Beelens ist Sozialist und Lette. Aus diesen beiden Eigenschaften resultieren die in dem Aufsatz erkennbaren Resentiments und Befürchtungen. Richtig gesehen ist vor allem der Umstand, daß Polen an einem nicht bolschewistischen Russland kein Interesse hat und daß "Kriegsmöglichkeiten" erst mit einer Wendung der "Ukrainischen Frage" im Zusammenhang mit dem inneren Zusammenbruch der Sowjetunion drohen. Die Schriftleitung.

Mit Ausnahme der italienisch-französischen Beziehungen weisen die internationalen politischen Verhältnisse in Westeuropa für die nächste Zukunft eine Tendenz zur Stabilität und zum Frieden auf. Aber wenn wir die Verhältnisse in Osteuropa betrachten, so sehen wir — trotz des äußersten Friedens — eine Situation der Un Sicherheit und sogar der Kriegsmöglichkeiten. Und dieser Frage muß das gesamte internationale Proletariat die größte Aufmerksamkeit zuwenden, weil der europäische Krieg von 1914 nicht nur die großen imperialistischen Gegensätze der Weltstaaten als Ursache hatte; eine gewisse historische Rolle haben auch die nationalen und politischen Gegensätze in Südosteuropa (Balkan) mitgespielt.

Gegenwärtig stehen im Zentrum des osteuropäischen Friedens und auch der Kriegsmöglichkeiten die polnisch-russischen Divergenzen. Weder Russland noch Polen sind imperialistische Staaten im Sinne der ökonomischen Expansionsnotwendigkeiten zum Verkauf von Waren und Anlage des Kapitals in ausländischen Gebieten. Und doch bestehen politische Gegensätze zwischen diesen Staaten, die in einer gewissen Situation einen Kriegskonflikt auslösen können.

Die Grenzen Polens, die im Jahre 1921 im Riester Friedensvertrag zwischen Polen und Russland gezogen wurden, gründen sich nicht auf das nationale Prinzip, wie das in den Friedensverträgen zwischen Finnland, Estland und Lettland einerseits und Russland andererseits der Fall war. Polen hat gewisse größere fremdsämmige Gebiete, die von Weißrussen und Ukrainer bewohnt sind, eingegliedert. Diese Grenze als solche ist dennoch nicht eine Ursache der Kriegsmöglichkeiten zwischen dem kommunistischen Russland und Polen. Die Frage der Revision der Ostgrenze Polens würde eher ein nicht kommunistisches Russland aufwerfen und womöglich mit Wassengewalt konfrontieren.

Und fröhdem sind in den Beziehungen zwischen Sowjetrußland und Polen wichtige Momente, die zum Kriege führen können. Beide Staaten werden diktatorisch regiert, wobei die Diktatur sich im Grunde auf Militärmacht stützt. Die öffentliche Meinung ist als Friedensfaktor ganz oder teilweise ausgeschaltet und über Krieg und Frieden entscheiden kleine Gruppen von Männern, in deren Mentalität sehr stark das Moment des inneren und äußeren Prestiges mispricht und nicht die realen Interessen der Nation ausschlaggebend sind.

Die tiefen wirtschaftlichen Krisen, die Sowjetrußland aus verschiedenen Gründen gegenwärtig erlebt, ist eine Ursache zur Abschwächung der außenpolitischen Machtaktivität Russlands. Mehr noch. Das gesamte wirtschaftliche Leben Russlands ist — hauptsächlich durch die unvernünftige Agrarpolitik — gründlich zerstört, was in der Versorgung der Städte mit Nahrungsmitteln zum Ausdruck kommt. Die Beziehungen zwischen Land und Stadt, zwischen Bauern und Arbeitern sind nicht nur gelockert, sondern in einen tiefen Gegensatz geraten. Ernstes Bauerndruß ist, hauptsächlich in der Ukraine, sind durchaus nicht ausgeschlossen, sondern vielleicht sehr möglich.

Die Triebkraft zu aktiven Unruhen in der Sowjetukraine ist nicht nur die Unzufriedenheit der Bauern mit der Wirtschaftspolitik der Kommunisten, sondern es spielt auch eine gewisse Rolle der nationale Konflikt zwischen den zentralistischen Tendenzen der Ukrainer und den zentralisierenden Tendenzen des Moskauer Machthabers. Und wenn in Zukunft eine mehr oder weniger ernste Revolte der ukrainischen Bauern auslodert, so kann das seinen Widerhall auch außerhalb Russlands finden.

Werden in solchem Falle die polnischen Nationalisten und Militaristen ruhig und neutral bleiben? Meiner Auffassung nach — nicht! Damit will ich nicht sagen, daß im Falle der Unruhen in der Ukraine die polnischen Machthaber sofort mit einem Krieg gegen Russland loschlagen werden. Aber eine Situation des Aufstands in der Ukraine ist für die polnischen Nationalisten zu verlockend, um nicht mindestens indirekte Unterstützung durch Geld, Waffen und "Freischärler" zu gewähren.

Es ist doch bekannt, daß die Idee Großpolens recht starke Anhänger in Polen hat und gerade bei recht starken Männern". Man muß zugeben, daß — vom rein militärischen und machtpolitischen Standpunkte aus betrachtet — die militärisch-politische Sicherheit der Zukunft Polens noch sicherer ist, wenn Russland geschwächt ist und wenn die politisch-strategische Lage Polens im Osten noch stärker als gegenwärtig ausgebaut wird.

Das Selbständigwerden der Ukraine — und wenn möglich, ein politisch-militärischer Bund zwischen Polen und der Ukraine — ist eine solche Schwächung Russlands und eine solche machtpolitische Stärkung Polens in Osteuropa und in Europa überhaupt. Dadurch entsteht die Möglichkeit der Unterstützung der ukrainischen Nationalisten durch Polen, die von Russland tatsächlich als Provokation aufgefaßt wird und die Situation bis zur Kriegsmöglichkeit zuspitzen.

Andererseits — zur Stärkung der militärisch-politischen Lage Polens an der Ostsee — dienen auch gewisse Tendenzen oder Ideen der gewaltsamen Einbeziehung von Litauen auf die eine oder andere Weise in die polnisch-militärische Grenze Polens, wodurch Polen einen zweiten direkten Zugang zur Ostsee durch Memel bekäme. Das könnte als ein Erfolg für den Danziger Korridor und Gdingen dienen, falls in der Zukunft ein anderes internationales Statut für den Danziger Korridor hergestellt würde.

Die Verwirklichung dieser beiden machtpolitischen Ideen ist nur durch die Methoden des Krieges möglich. Russland als Großstaat, ob bolschewistisch oder nichtbolschewistisch, würde nicht ohne weiteres aussehen, wie die Machtpositionen Polens so gewaltig gesteigert werden. Eine solche Verschiebung des Gleichgewichts in Osteuropa ist nur durch den Krieg herbeizuführen.

Ist diese Auffassung nicht einsetzbar? Sind nicht Momente feststellbar, die auf Polen friedenserhaltend wirken? Die ökonomischen Schwierigkeiten der Auslandskredite, die ungelöste Minoritätenfrage (hauptsächlich die ukrainische in Galizien) sind tatsächlich Momente, die Polen zur Erhaltung der äußeren Ruhe veranlassen. Auch die "großen" Interventionisten sind nicht so stark in Europa, wie sie es in den Jahren 1919 bis 1920 waren. Statt Churchill regiert Macdonald in England. Auch die regierenden Kreise Frankreichs haben vielleicht nicht den miserablen Ausgang der Intervention in Russland von anno dazumal vergessen. Aber andererseits sehen wir doch eine Verdichtung der internationalen reaktionären Atmosphäre, die gerade in der letzten Zeit gegenüber dem Kommunismus und Sowjetrußland sich bemerkbar macht. Wie groß der politische Einfluß dieser reaktionären Tendenz ist und welche konkreten politischen Ziele sie hat, das ist vorläufig unklar.

Welche Tendenzen in Polen die Oberhand gewinnen werden, das wird die Zukunft zeigen. Wie man auch die konkreten Möglichkeiten eines polnisch-russischen Krieges beurteilen mag, der Schlüssel zur Erhaltung des Friedens in Osteuropa liegt in der gegenwärtigen Situation in den Händen Polens. Es besteht zwar die begründete Hoffnung, daß jener hier geschilderte offene Konflikt nicht ausbricht, aber man muß dennoch sich die unabsehbaren Konsequenzen für ganz Europa vergegenwärtigen, wenn er dennoch ausbrechen sollte.

Auf diese Folgen für Europa will ich hier nicht näher eingehen. Es ist klar, daß ein solcher Krieg große Konsequenzen für Deutschland und die baltischen Staaten nach sich ziehen muß, wie im ökonomischen so im politischen Sinne. Im Falle des polnisch-russischen Krieges würde die Situation der baltischen Staaten eine recht schwierige, hauptsächlich die Lettlands, das der Nachbar Russlands, Polens und Litauens ist.

In Abetracht der Möglichkeit eines Krieges zwischen Polen und Russland hat die lettische Sozialdemokratie immer jede politische Bindung Lettlands an Polen scharf bekämpft, um Lettland nicht in die Gegenseite und möglichen Konflikte Polens mit seinen Nachbarn (Russland, Litauen, Deutschland) hineinzuziehen. Uns ist es auch gelungen, diese Politik im Parlament durchzusetzen. Es besteht weder ein militärischer noch ein politischer Vertrag Lettlands mit Polen, der die Politik Lettlands irgendwelcher Weise bindet. Und ich denke, daß die lettische Sozialdemokratie so stark sein wird, um eine starke Neutralität im Falle eines polnisch-russischen Krieges durchzusetzen, auch dann, wenn man den § 16 des Völkerbundstatutes als ein Mittel zum Anlaß des Heraustretens aus der Neutralität nehmen würde. Unsere politischen Bestrebungen haben als Ziel, wenn es zu erreichen möglich wäre, eine internationale, in erster Linie von Russland, Deutschland, England und Frankreich garantierte Neutralität Lettlands.

Die litauische Verfassung ungültig?

Kowno, 21. Mai. Der Presse gegenüber hat Waldemaras die sensationelle Erklärung abgegeben, daß die neue litauische Verfassung, die die Rechte des Präsidenten Smetona erweitert und Vilna als Hauptstadt Litauens bezeichnet, rechtswidrig und illegal sei, da sie während des Aufenthalts des damaligen Ministerpräsidenten in London und während seiner Verhandlungen mit Chamberlain veröffentlicht wurde. Das Original dieser Konstitution, das er, Waldemaras, nie unterzeichnet habe, unterscheidet sich grundsätzlich von dem ursprünglichen Text. In Abetracht der damaligen schwierigen Lage Litauens auf internationalem Gebiet habe Waldemaras eine Verschärfung vermeiden wollen und geschwiegen.

Seit einer gewissen Zeit habe Ministerpräsident Tuolis wiederholt gefordert, daß Waldemaras das Original der litauischen Konstitution unterzeichnen solle, doch dieser

habe abgelehnt und die Wahl einer Kommission gefordert, welche die Rechtslage der ganzen Angelegenheit prüfen sollte. Bei der Ausarbeitung des Originals, das von Waldemaras nicht unterzeichnet worden sei, hätten auch die christlichen Demokraten mitgewirkt und besonders der ehemalige Ministerpräsident Bystras, sowie der Finanzminister Karwalias.

Waldemaras fügte zum Schlusse hinzu, daß ebenso illegal auch die Gesetze über die Agrarreform, sowie eine Reihe anderer Verordnungen seien, die seinerzeit von den Tauriakais ohne die Sanktion des Ministerpräsidenten und der Regierung veröffentlicht wurden.

Der finnische Generalstabschef in Warschau

Warschau, 20. Mai. (PAT) Gestern ist der Generalstabschef der finnischen Armee, Oberst Wallenius, in Begleitung des Majors Kraemer und des Oberleutnants Svensson, der am 1. Juni d. J. den Posten des finnischen Militärattachés in Warschau übernimmt, in Warschau eingetroffen. Zur Begrüßung der Gäste waren die Mitglieder der finnischen Gesandtschaft und von polnischer Seite der stellvertretende Generalstabschef, General Kawasiewski, mehrere Stabsoffiziere usw. auf dem Hauptbahnhof erschienen. Nach der gegenseitigen Vorstellung und einem kurzen Gespräch begaben sich die finnischen Gäste in das "Hotel Europejski".

Oberst Wallenius stattete sodann verschiedene offizielle Besuche ab, u. a. dem Generalstabschef, General Piskor, und dem ersten Vizeminister im Kriegsministerium, General Konarzewski, worauf er am Grab des Unbekannten Soldaten einen Kranz niedergelegt. Am Abend fand im "Hotel Europejski" zu Ehren der Gäste ein von General Piskor gegebenes Diner statt, an dem Vertreter der finnischen Gesandtschaft, des Kriegsministeriums und der Armee teilnahmen.

Rückt Prinz Karol zurück?

Bien, 21. Mai. (PAT) Einer aus Bukarest hier etw. gegangenen Meldung zufolge hat am Montag eine Sitzung des Vollzugskomitees der Liberalen Partei stattgefunden, in der die Regierung aus Anlaß ihrer Haltung in der Frage des Prinzen Karol heftig angegriffen wurde. Brattianu erklärte, daß die Liberale Partei auf der Wachttreppe gegenwärtigen verfassungsmäßigen Zustandes stehen und vor nichts zurücktrecken werde. Unlangst hatte Brattianu vom Prinzen Karol ein Schreiben erhalten, in dem dieser das Einverständnis der Liberalen Partei mit seinem Rücktritt erbittet. Brattianu erwiderte, daß die Liberale Partei niemals die Rückkehr des Prinzen Karol anlässlich werde.

Am Montag hielten auch die Mitglieder der Nationalen Bauernpartei in Bukarest eine Versammlung ab, in der ein Redner ausführte, die Partei werde nicht dulden, daß Prinz Karol, der Vater des Königs und der Bruder des Regenten, von den Liberalen beleidigt würde.

Ministerpräsident Maniu ist nach Bukarest zurückgekehrt. Es herrschte allgemein die Überzeugung, daß Prinz Karol binnen kurzem zurückkehren werde. In manchen Kreisen ist die Ansicht vertreten, daß man mit seiner Rückkehr noch im Laufe dieses Monats rechnen könne.

Hungersnot in China.

Peking, 20. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Die Hungersnot in der chinesischen Provinz Shansi nimmt einen immer größeren Umfang an. Immer häufiger brechen in dieser Provinz Aufstände der ausgehungerten Bauernmassen aus, die Städte überfallen, sie ausrauben und niederbrennen. Auf diese Weise wurden die Städte Shan und Hahen dem Erdbooden gleichgemacht. Eine Bande von 4000 ausgehungerten Bauern, die mit Maschinengewehren ausgerüstet waren, umzingelten diese Städte und stellten sie in Brand. Die aus dem Seemeer flüchtenden Einwohner wurden durch Maschinengewehre hingemäht. Die Regierungstruppen hatten mit der Bande der wild gewordenen Bauern einen dreitägigen Kampf und rieben sie vollkommen auf. Es wurden über 2000 Menschen getötet.

Giftgase für die Nanking-Regierung.

Paris, 21. Mai. (Eigene Meldung.) Wie die Blätter melden, ist es den französischen Behörden in Indochina gelungen, einen Transport von Giftgasen anzuholen, der für die Regierung von Nanking bestimmt war. Dieser Transport war auf dem Seeweg aus Europa eingetroffen und soll auf einem Umweg durch die Provinz Yunnan nach Nanking weitergeleitet werden. General Yenischang hat das Sekretariat des Völkerbundes davon mit der Bitte benachrichtigt, den Staat exemplarisch zu bestrafen, der entgegen der Bestimmung des Völkerbundes der Nanking-Regierung die gefährlichste Waffe zu liefern versucht hatte.

Wenn aber der unbekannte europäische Staat die Giftgase an den aufständischen General Yen deklariert hätte, dann würde dieser General wahrscheinlich weniger entrüstet und protestierig gewesen sein. Herr Yen wird wahrscheinlich von Japan aus bedient.

Die Bank für Internationale Zahlungsausgleich in Tätigkeit

Berlin, 21. Mai. (PAT) Die Bank für Internationale Zahlungsausgleich hat am gestrigen Dienstag ihre Tätigkeit aufgenommen. Die Centralbank sowie die Bankengruppe aus zehn verschiedenen Ländern haben insgesamt 124000 Anteile zu je 2000 Schweizer Franken gezeichnet. Der erste Teil der Deckung in Höhe von 25 Prozent des gezeichneten Kapitals in Höhe von etwa 61 Millionen Schweizer Franken wurde der Bank bereit zur Verfügung gestellt. Die Anmeldungen der anderen Banken der ganzen Welt werden in einer der späteren Sitzungen des Verwaltungsrats geprüft werden.

Einige Stunden nach der Instruktion des Vorausplans hat die Bank von dem Generalagenten für Reparationszahlungen etwa 225 Millionen Schweizer Franken erhalten. Sämtliche von Parker Gilbert eingegangenen Beträge, die bis jetzt keine Verwendung gefunden haben, wurden ebenfalls in der Bank deponiert.

Zwei Jahre Gefängnis für einen Abgeordneten.

Wilna, 20. Mai. Vor dem hiesigen Bezirksgericht fand gestern ein Prozeß statt, der gewissermaßen als eine Fortsetzung des Hromada-Prozesses angesehen werden kann. Auf der Anklagebank saß der Abgeordnete der Selbostinken Walnitski, der während der Gerichtsverhandlung gegen die Mitglieder des Hromada gelärm und aufreizende Reden gehalten hatte. Das Gericht verurteilte den Abgeordneten zu zwei Jahren Gefängnis.

Die zweite Verhandlung betraf einen gewissen Jan Klemczewicz, dem zur Last gelegt wurde, auf dem Gebiet Polens Diversionsbänder organisiert zu haben, wofür er Geld von der Tscheka in Minsk erhalten haben soll. Das Gericht verurteilte ihn deswegen zu 15 Jahren Gefängnis. Klemczewicz war seinerzeit zu Leben länglichem Sanktuarium verurteilt worden, weil er den Hauptzeugen im Hromada-Prozess Huryn auf Grund eines Urteils der polnischen kommunistischen Partei ermordet hatte.

Wegen Beleidigung des Marshalls Piłsudski.

Warschau, 21. Mai. Vor dem Bürgergericht des 9. Bezirks in Warschau fand gestern ein Prozeß gegen drei Akademiker statt, denen die Anklage vorwarf, am 10. März d. J. in Warschau an der Marszałkowska-Straße den Kriegsminister, Marshall Piłsudski, dadurch beleidigt zu haben, daß sie auf den an den Häusern angeklebten Plakaten, in denen die Bevölkerung zur Ehrung des

Namenstages des Marshalls Piłsudski aufgerufen wurde, unter Anspruch auf die Zeit der Marschall Piłsudski gehaltene Rede, mit schwarzer Farbe die Worte hinzugesetzt hatten: „prez i sądzień“ und „0“ (Weg mit dem Sch...). Die Angeklagten gaben zu, die Worte auf den Plakaten hinzugeschrieben zu haben. Die Verteidiger stellten den Antrag, die Sache niederzuschlagen, da ein Merkmal eines Vergehens nicht zu erkennen sei. Wenn vielleicht eine Beleidigung des Marshalls Piłsudski erfolgt ist, so sei dies jedenfalls nicht während der Ausübung seines Amtes geschehen. Der Namenstag des Marshalls Piłsudski sei keine Privatsache.

Da sich der Prokurator dem Antrag der Verteidigung nicht widersetzte, beschloß der Richter, dem Antrag der Verteidigung stattzugeben und die Sache niederzuschlagen.

Wegen antistaatlicher Tätigkeit.

Lublin, 20. Mai. (PAT.) Vor dem Bezirksgericht in Lublin begann am 14. d. M. ein Prozeß gegen sieben Mitglieder der „Selbst-Gemeinschaft“, Nikolaj Hawriliuk, Stefan Matiwa, Paweł Szczęsny, Wasyl Rossal, Dymitr Hryczi, Miron Niedopoda und Filip Klimtus, denen die Anklage vorwarf, unter dem Deckmantel der „Selbst-Gemeinschaft“-Partei eine umstrittene Tätigkeit getrieben zu haben. Die Verhandlung nahm vier Tage in Anspruch. Dem Antrage des Prokurator, hinter verschlossenen Türen zu verhandeln, wurde nur insofern stattgegeben, als die Öffentlichkeit während der Vernehmung des stellvertretenden Chefs der Sicherheitsabteilung des Lemberger Wojewodschaftsamts ausgeschlossen war.

Während seiner zweistündigen Rede betonte der Prokurator, daß die Angeklagten Sympathiegläubiger der „Selbst-

Gemeinschaft“ seien, die unter dem Einfluß der Kommunistischen Partei der Westukraine stehe. Das Urteil lautete gegen drei Angeklagte auf je sechs Jahre Sanktuarium, gegen weitere drei Angeklagte auf je vier Jahre Sanktuarium und gegen einen Angeklagten auf zwei Jahre Sanktuarium. Sämtlichen Angeklagten wurden außerdem die bürgerlichen Ehrenrechte abgesprochen.

Seltsamer Protest.

Warschau, 21. Mai. Eine aus Vertretern von Angestellten-Organisationen, und zwar des polnischen Verbandes der Schauspieler, des Musiker-Berufsverbandes, des Verbandes literarischer Autoren und Komponisten sowie aus Delegierten der Birkus- und Klubbesitzer zusammengesetzte Delegation hat, wie der „Robotnik“ meldet, dem Innenminister ein Memorial vorgelegt, in dem diese Organisationen fordern, entweder den deutsch-tschechischen Birkus „Lidsky“ nach Polen überzuholen nicht hereinzulassen, oder im Falle der Einreisegenehmigung für ihn als Bedingung aufzustellen, daß in dem Birkus zum Teil polnisches artistisches und technisches Personal beschäftigt wird und daß der Birkus einen gewissen Betrag für den Arbeitslosenfonds hinterlegt.

Der Direktor des Verwaltungsdpartements im Inneministerium Weißbrod, der die Delegation empfing, erklärte, daß die im Memorial enthaltenen Forderungen berücksichtigt werden würden. Es dürfte klar sein, daß der Birkus auf derartige Bedingungen nicht eingehen und es vorziehen wird, von der vielgepriesenen polnischen Gastfreundschaft keinen Gebrauch zu machen.

Die glückliche Geburt eines gesunden Mädels zeigen in dankbarer Freude an

6122

Otto Malzahn und Frau Elise geb. Kiphard.

Serock Pom. (Schirotzen), den 19. Mai 1930.

Annonce der Seite

Heute früh um 4 Uhr entschlief nach schwerem, langem Leiden meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwiegermutter, Schwester und Tante

Justine Hagenau

geb. Lüder

im 74. Lebensjahr.

Dies zeigen schmerzerfüllt an

Christian Hagenau und Kinder

Emil Hagenau

Herrmann Hagenau

Marie Hagenau.

Bulowice, 16. Mai 1930.

Die Beerdigung fand am Dienstag, dem 20. Mai, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause aus statt. 6124

Für die Beweise heralicher Teilnahme beim Hinscheiden unserer lieben Mutter
Frau Emma Viehl
für die trostreichsten Worte des Herrn
Pfarrer Heseliel am Grabe, sowie für
die schönen Kranspenden sagen wir allen
unsern herzlichen Dank.

2636 Familie Kalinowitsch.
Bydgoszcz, den 22. Mai 1930.

Für die überaus vielen Beweise
heralicher Teilnahme und die zahlreichen
Kranspenden beim Heimgange unseres lieben Entschlafenen
ihrechen wie Allen, insbesondere
Herrn Pfarrer Weiß für die trost-
reichen Worte unsern

2638

herzlichsten Dank
aus.
Alma Hinz
und Kinder.
Böthkenwalde, den 22. Mai 1930.

Heile veraltete Krankheiten

mit Erfolg, ausschließlich durch die natürliche Heilmethode mit in- und ausländischen Heilkräutern. — und zwar Lungen-, Magen- u. Halsleiden, Blutsurst, Wunden, Kopfschmerz, Rheumatismus, Schwäche, Verdauungsstörungen, Nerven, Augen, Fallsucht u. v. a. als auch Frauenleiden. Über meine Praxis bereits seit 25 Jahren aus u. a. auch im Ausl. Russland, China, Frankreich, Schweiz, in Bromberg (Bydgoszcz) seit zehn Jahren nach der Rückkehr aus Sibirien.

Antoni Bogacki,
Bydgoszcz, ul. Gdanska 71a, II.
Empfangsst.: 10-12 vorm. u. 3-4 nachm.
2634

Jasen - Bruteier
85% Befrucht.-Gar., aus anerkannter erst. Zucht,
Silb. Med. Poznań u. Toruń, noch ca. 1000 Std.
lieferbar bis 15. Juni pro Std. 2,-zl.
Gräßl. v. Alvensleben'sche Jasenerie Bronie
v. Wąbrzeźno (Pom.) 2635

Konfirmationskarten

A. Dittmann T. z o p.

Bydgoszcz

Tel. 61

Marsz. Focha 45

Gärtner

30 J. alt, unverh., sucht
Stellung. Gute Zeugnisse vorhanden. Auf
einem Gute bevorzugt.

Markowski, Mała Tarnopol
ul. Grudziądzka 56 a. 6005

16 Jahre alt, evangel.
sucht mögl. v. 1. 6. 30

Stellung in der Stadt Bromberg. Kochkenntnisse vorhanden, in s

amt. Haushaltssachen, firm. Ges. Angebote unter 1. 6129 an die Gesch. d. Stg. erbeten.

Erfahrene Stubenmädchen

sucht vom 1. Juni oder

etwas später Stellung.

Ges. Offerten u. S. 6018 a. d. Gesch. d. Zeitg. erb.

Verh. Meller

sucht Stellung, auch als

Büchstatter. Off. unt.

R. 2593 a. d. Gesch. d. 3. 3.

Schweizer

sucht v. sofort od. später

Stellung

zu 30-50 Rügen. 6005

Franceszek Pieta,
Dombrowa, Chełmińska

Stubenmädchen

m. Kochkenntn. 23 J. alt

sucht ab 1. Juni Stellung auf d. Lande. 6076

Włodzisława Drapiewska,
Ostaszewo, pow. Toruń.

Suße Stellung

zum 1. 7. oder später zur

Entlastung d. Hausfrau.

Bin mit all. häuslichen

Arbeit vollst. vertraut.

Überh. auch Betreng.

Offerten unter R. 6121 a. d. Gesch. d. Zeitg. erb.

Gärtner

sucht Stelle a. Wirtin

von sofort. od. 1. 6.

30 bei alleinsteh. Herrn

auf Gut. Beite gute

Zeugn. Off. unt. R. 2600

a. d. Gesch. d. Zeitg. erb.

Nachdem ich mich bei

h. Küchenmeister Grebler

vervollständigt habe,

sue ich Stellung als

Wirtin od. Köchin

Ella Timm.

Jasiownia, ul. Wróblew.

pow. Szamotuły. 2629

Suße Stellung

zum 1. 7. 30 für

meinen 140 ha großen

Niederungsgebiet un-

terhoben. Komme für

Schäden auf. Ges. Off.

unt. R. 6091 an die Ge-

schäftsst. d. Zeitg. erb.

Gärtner

sucht v. sofort od. später

Stellung für

Personen od. Auto.

Überh. auch Neben-

arbeiten. Komme für

Schäden auf. Ges. Off.

unt. R. 2569 an d. Gesch.

Stellung

für mehrere Personen

oder später

Stellung

Zeppelins Aquator-Flug.

Wechselvolles Wetter.

Das Luftschiff Graf Zeppelin, das am Dienstag morgen von Sevilla aus zur Fahrt über den Südatlantik gestartet war, wurde durch wechselvolles Wetter gezwungen, den direkten Kurs in südwestlicher Richtung zu verlassen und mehr in westlicher Richtung auf den Ozean hinaus weiterzufliegen. Später konnte es dann wieder seine Fahrt nach Südwesten fortführen. Das Schiff nahm, sobald es den Ozean gewonnen hatte, Kontakt mit dem amerikanischen Kontinent auf, sowohl mit den Stationen in Süd- als auch mit denen in Nordamerika. Sie versorgten es fortlaufend mit Wetternachrichten. So teilte das Marinamt in Washington, dessen ausgezeichneter Dienst Dr. Eckener zur Verfügung steht, der Luftschiffleitung mit, daß sich ein kleines Tief zwischen Pernambuco und Rio de Janeiro befindet, daß jedoch sonst die Wetterlage nicht ungünstig sei.

Das Seeflugreferat der Deutschen Seewarte in Hamburg gibt einen ausführlichen Wetterbericht für die Zeppelinfahrt heraus. Auch danach ist damit zu rechnen, daß das Luftschiff bald auf gute Winde stoßen wird.

Nach Meldungen, die von Dampfern der Havag und des Norddeutschen Lloyd vorliegen, befand sich das Luftschiff Mittwoch nachmittag gegen 2 Uhr mittteleuropäischer Zeit auf 19 Grad 5 Minuten nördlicher Breite und 22 Grad westlicher Länge. Gegen 7 Uhr abends hatte es die Kapverdischen Inseln erreicht, am Donnerstag um 5.30 Uhr befand es sich auf 51.2 Grad nördlicher Breite und 27.42 Grad westlicher Länge, also bereits dicht vor dem Äquator.

Rio in Erwartung.

Rio de Janeiro, 22. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Aus der Umgebung von São Paulo und anderen Städten strömt die Bevölkerung herbei, um der Zeppelin-Landung beizuwollen. Unter den nach tausenden zählenden Menschen überwiegt das deutsche Element.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Originale! Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unsern Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit aufgefordert.

Bromberg, 22. Mai.

Wettervorhersage.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet mäßig warmes Wetter und örtliche Gewitter an.

Die schlechten Zeiten.

Es ist nichts Neues, daß die Zeiten, in denen wir leben, schlecht sind. Wir wissen es alle und hören es immer wieder aus dem Mund des Kaufmanns, des Landwirts, des Beamten, des Arbeiters. Und hören immer wieder von neuen Konkursen, wir sehen immer mehr leerstehende Geschäftslokale, die Zahl der Arbeitslosen nimmt nur sehr langsam ab und die Steuern sind unverändert schwer und hoch.

Gerade diese Steuerhöhe wirkt sich recht katastrophal auf das private wie auf das geschäftliche, besonders aber auch auf das Staatsleben aus. Das zeigt recht deutlich eine Zusammenstellung der Staatseinnahmen aus den öffentlichen Steuern und von den Monopolen im Monat April. In diesem Monat, der der erste im neuen Budgetjahr 1930/31 ist, betrugen die Gesamteinnahmen nur 194 Millionen Zloty, während im März noch 218,2 Millionen eingeschlossen sind. Der Monat April hat also 24,2 Millionen Zloty weniger eingebracht als der März. Im Vergleich zu den Einnahmen im April 1929 ist ein Rückgang der Einnahmen von 25,9 Millionen zu verzeichnen. Mit Ausnahme der direkten ordentlichen Steuern sind die Einnahmen aus allen Steuergruppen zurückgegangen. Bedeutend vermindert haben sich die Einnahmen von den Zöllen, den Stempelsteuern und den Staatsmonopolen. Die Monopole liefern im April nur 66 Millionen Zloty Reingewinn, während diese Einnahme im März noch 83,7 Millionen betrug; die Reineinnahme hat sich also um 17,7 Millionen verringert. Eine Erhöhung der Einnahmen weist lediglich die Einkommensteuer auf, und zwar von 19,8 Millionen im März auf 34,8 Millionen im April. Diese Mehreinnahme ist jedoch darauf zurückzuführen, daß in der Zeit vom 15. April bis 15. Mai die erste Rate der Umsatzsteuer und die Hälfte der Einkommensteuer für 1929 fällig gewesen ist. Dagegen sind die Einnahmen von der Industriesteuer um fast 25 Prozent zurückgegangen, und zwar von 20 Millionen auf 15,5 Millionen.

Die Staatseinnahmen bilden seit jeher das Barometer im Staatsleben. Aus der obigen Aufstellung ist demnach ersichtlich, daß das Barometer bei uns stark zu sinken beginnt. Ein Sinken des Barometers wiederum läßt auf schlechtes Wetter, in diesem Falle also auf schlechte, d. h. eigentlich: schlechtere Zeiten schließen.

Die statistische Aus Polen. Nach einer Aufstellung des Statistischen Hauptamtes wurden im vergangenen Jahre in Polen 300 625 Chm. geschlossen. Es ist dies die höchste Zahl der letzten zehn Jahre. Das Durchschnittsalter betrug bei den Männern 25, bei den Frauen 21 Jahre. Aber auch 7jährige und noch ältere wurden getraut.

Die Zigaretten sollen teurer werden. Nach der Erhöhung der Spirituspreise beabsichtigt das Finanzministerium nunmehr auch, wie verschiedene Blätter melden, eine Erhöhung der Preise für Tabakzeugnisse durchzuführen. Letztthin waren lediglich die Tabakpreise zu dem Zweck erhöht worden, um der privaten Herstellung von Zigaretten aus Monovoltab für den Haushandel entgegenzuwirken. Nunmehr sollen nur die Zigarettenpreise eine Preissteigerung erfahren, während die Tabakpreise unverändert bleiben. Bisher ist jedoch amtlicherseits noch nicht bekanntgegeben worden, in welchen Grenzen sich diese Zigarettenpreiserhöhung bewegen und von welchem Zeitpunkt ab sie in Kraft treten wird.

Vorsicht bei der Annahme von deutschem Gelde! Die Polizeibörde teilt mit, daß am 19. Mai in Beichten (Deutschland) von drei Personen ein Raubüberfall verübt wurde, bei dem den Tätern 8000 Mark zur Beute fielen, und zwar 400 Mark in Banknoten à 10 und 20 Mark, 1200 Mark à 5 Mark, 450 Mark à 3 Mark, 2000 Mark à 2 Mark und ungefähr 70 Mark in Kleingeld. Das Hartgeld war in grau-grünen und orangeweissen Nullen à 25, 50,

5, 10, 100, 150 und 200 Mark gepackt mit der Aufschrift „Ohne Garantie“. Das Papiergeleid war zu 500 Mark gebündelt und mit grau-grünen Papierstreifen von 4 Centimeter Breite und 19½ Centimeter Länge mit der Aufschrift „Ohne Garantie“ versehen. Von den Tätern wird folgende Personbeschreibung gegeben: 1. Etwa 30–35 Jahre alt, ca. 1,70 Meter groß, schlank, rundes, glattes Gesicht, gesunde Gesichtsfarbe, von der Nase bis an eine Augenhöhle ein englisches Pfaster, graublaue Anzug, grauer Hut in Tellerform; 2. etwa 40–45 Jahre alt, starker Körperbau, grauer Regenmantel oder Covercoat, Sportmütze; 3. mager, klein, grauer Mantel oder Regenmantel. — Alle Banken usw. werden erachtet, beim Einwechseln deutschen Geldes auf Personen zu achten, die obigen Beschreibungen entsprechen und bei Verdächtigen sofort die örtliche Polizeibörde in Kenntnis zu setzen.

Der evangelische Jungmännerverein veranstaltete am Mittwoch eine musikalische Feierstunde im Gemeindehaus, zu der sich die evangelische Gemeinde trotz der für solche Veranstaltungen wenig günstigen Jahreszeit sehr zahlreich eingefunden hatte. Sein Posauenhörer unter der sicheren Leitung des Gemeindereiters Girke bewies durch den Vortrag einer Reihe von geschmackvollen und sauber und klugvoll geblasenen Stücken, daß er sorgfältig geschult ist. Auch der Geigenchor beteiligte sich in ebenso trefflicher Weise an den Darbietungen. Superintendent Ahmann und Pfarrer Wurmback deuteten die Absichten der Feierstunde. Ein Gedichtvortrag eines Mitgliedes sowie der gemeinsame Gesang von Volksliedern unter Posauenhörer begleiteten Abwechslung in die Reihe der Darbietungen. Die Hörer waren durch die schönen Leistungen ebenso überrascht, wie sie durch sie erfreut waren.

Ein prächtiger Wahlerfolg.

Deutsche im Wahlbezirk Gnesen — halte Euch eben!

Wie wir ausführlich berichtet haben, brachten die Erwähnungen in Wolhynien einen ganz ausgezeichneten Erfolg für die Minderheitenliste Nr. 18. Die polnischen Parteien haben, wie die letztenzählungen ergaben, nicht ein einziges Mandat erlangt. Die einzige polnische Liste, die Aussicht hatte, einen Abgeordneten in den Sejm zu schicken, war die Liste der polnischen Volkspartei Wyzwoljenie. Dieser Partei fehlten jedoch nur 500 Stimmen, um das Mandat zu erlangen. Die Minderheiten dagegen haben ihre Sitze im Sejm von 1 auf 3 erhöht, haben also zwei Plätze gewonnen! Es handelt sich hier um Ukrainer, an vierter Stelle stand übrigens ein Deutscher, Dr. Kurt Lüdt. Wäre ein Zusammenschluß oder nur eine Listenvereinigung der ukrainischen Parteien erfolgt, so hätten wir selbst aus diesem entlegenen Wahlbezirk einen deutschen Abgeordneten in den Sejm entsenden können.

Die Wahlen in Wolhynien sind gerade für uns, wie wir vor den Neuwahlen im Bezirk Gnesen stehen, von mehrfacher Bedeutung und äußerst lehrreich. Sie beweisen aus neuem, daß wie im Falle der Wyzwoljenie-Partei nur wenige fehlende Stimmen dazu beitragen können, um der betreffenden Partei eine Niederlage zu bereiten. Es muß deshalb alle Kraft angewandt werden, damit der deutschen Liste Nr. 18 im Wahlkreis Gnesen es nicht ähnlich ergibt. Es empfiehlt sich schon jetzt, genaue Erkundigungen nach den Wahllokalen durchzuführen, sich schon jetzt bei den Vertraulichkeiten, die mit allem Werbematerial versehen sind, die Stimmzettel für die Wahl zu holen und bei allen Bekannten, Freunden, Verwandten nachzufragen, ob sie sich über ihr Wahllokal klar sind, und sich bereits mit den Wahlzetteln versehen haben.

Nach dem Minderheiten-Wahlerfolg in Oberschlesien, nach dem Erfolge in Wolhynien dürfen die Wahlen im Bezirk Gnesen, zu dem die Verwaltungskreise Gnesen, Obrzycko, Schrotta, Wronowitz, Mogilno und Wreschen gehören, keine Enttäuschung bringen. Der Sieg der letzten Sejmswahlen darf uns nicht entrinnen werden!

Die Folgen eines Irrtums. Vor dem hiesigen Bezirksgericht stand die Verhandlung gegen den 25-jährigen Bahnarbeiter Ludwig Görny, wohnhaft in Oplawitz (Oplawiec) statt. Als im Juni vergangenen Jahres der Polizist Julian Bamoński nachts auf der Chaussee nach Crone seinen Dienst versah, hörte er hinter sich ein Geräusch. Als er sich umwandte, bemerkte er einen herankommenden Radfahrer, den er, weil er ihm verdächtig erschien, durch Aufruf zum Stehen bringen wollte. Dieser gab nun auf den Polizisten einen Revolverschuß ab, der jedoch fehl ging. Der Radler war vom Rad gestürzt und der Polizeibeamte näherte sich ihm, indem er ihn aufforderte, die Waffe auszuliefern. Nun schoß der am Boden Liegende zum zweitenmal und ergriff dann eiligst die Flucht. Die Kugel hatte den Beamten nur leicht verletzt. Görny erzählte zu Hause, daß ihm das Rad gestohlen worden sei. Vor Gericht gibt Görny zu, Schüsse abgegeben zu haben, behauptet aber, in seinem Gegner keinen Polizeibeamten erkannt zu haben, so daß er der Meinung war, selbst überfallen worden zu sein. Er habe nur aus Notwehr gehandelt. Den Revolver hätte er liegen lassen, weil er nicht im Besitz eines Waffenscheines war und aus demselben Grunde hätte er auch zu Hause die ganze Angelegenheit verschwiegen. Das Gericht verurteilte ihn, mildernde Umstände in Betracht ziehend, zu 4 Monaten Gefängnis wegen grober Unvorsichtigkeit.

Bermitsch. Die 29jährige Marie Dzięgiel, geb. Truske, Danziger Straße 39 wohnhaft, entfernte sich am 17. Mai aus der Wohnung ihres Mannes und ist bis jetzt noch nicht zurückgekehrt. Die Vermisste hatte etwa 8000 Zl. bei sich, weshalb man die Befürchtung hegt, daß sie das Opfer eines Raubüberfalls geworden ist. — Ferner wird der 29jährige Waclaw Kochański vermisst, der auf der Schillerstraße (Wincentego Pola) 1 wohnt. Er hinterläßt eine 68jährige kranke Mutter, die nunmehr vollständig ohne Unterstützung dasteht. Zweckdienliche Angaben erhielt in beiden Fällen die Kriminalpolizei.

Unredlicher Lederhandel. Vor einiger Zeit hatte ein Hauseigentümer bei verschiedenen Firmen Oberleder zur Schuhfabrikation auf Wechsel angelautet. Man vertraute ihm ohne Weiteres, da man den Käufer für „sicher“ hielt. Inzwischen aber verschwand er das Haus seiner Frau, gab die Wechsel zum Protest und behauptet nun seinen Gläubigern gegenüber, daß er nicht zahlen könne, da er nichts besäße.

Büntliche Zustellung

der Deutschen Rundschau

wird erreicht, wenn das Abonnement für den Monat Juni heute noch erneuert wird!

Wer ist der Eigentümer? Auf dem 5. Polizeikommissariat in der Steinstraße (Zamojskiego) befindet sich ein Bund Schlüssel. Der rechtmäßige Eigentümer kann sie während der Amtsstunden von dem genannten Kommissariat abholen.

Wegen Betruges verhaftete die Polizei einen etwa 66jährigen Mann, welcher behauptet, aus Bromberg zu stammen und Anton Michalski zu heißen. Die genaue Identität seiner Person läßt sich nicht feststellen. Darum bittet die Polizei diejenigen, die irgendwelche Angaben über seine Person machen können, sich zu melden.

Bestohlen wurde der Friedrichstraße (Dluga) 54 wohnhafe Kaufmann Leopold Glaesemann. In der Nacht zum 22. d. M. entwendeten ihm unbekannte Diebe 900 Zloty.

Festgenommen wurden im Laufe des gestrigen Tages vier Personen wegen Verstoßes gegen fittenpolizeiliche Vorschriften und eine Person wegen Diebstahls.

Vereine, Veranstaltungen ic.

Für das Konzert am 26. Mai im Zivilkino tragen die ersten Reihen der Plätze die höchsten Nummern. Die Eintrittskarten sind verschenkt in umgekehrter Reihenfolge gestempelt worden. (6143)

A. Henzel, Dworcowa 97, täglich Kochvorführungen 11—1 und 4—6 im Frisco. Ein Mittagessen in 5—15 Minuten. Vorführung auch im eigenen Haushalt. (6020)

Z Bartoschin (Barein), 21. Mai. Unbekannte Einbrecher sind es gelungen, in die Wohnung des Landwirts Gustav Bühlke aus Szczepanow zu eindringen und einige Bentzer Brotgetreide sowie Futtermittel zu entwenden. Die Täter sind unerkannt entkommen.

* Friedheim, 19. Mai. Freitag gegen 4½ Uhr morgens brannte das Maschinenhaus des Sägewerks Niemeier-Grabau nieder. Mitverbrannt sind einige Holzvorräte; die Maschinen haben dagegen gelitten. Das Feuer ist wahrscheinlich durch Unvorsichtigkeit entstanden. Die Grabauer Feuerwehr war zur Stelle; ein Feuerwehrmann erlitt bei den Löscharbeiten erhebliche Brandwunden am Arm.

* Budzin, Kreis Kolmar, 20. Mai. Durch eigenen Leichtsinn trug der 20jährige Drogist Kopecki aus Budzin schwere Körperverletzung und einen Bruchbuch auf. Der Verunglückte hing sich, um seine Geschicklichkeit zu zeigen, an die Flügel einer in Tätigkeit befindlichen Windmühle und ließ sich durch die Lust schledern! Nach einigen Umdrehungen jedoch ließ er den Windmühlflügel los und stürzte zur Erde. Der Bewußtlose wurde in das Krankenhaus nach Kolmar eingeliefert.

* Pakoswalde, 21. Mai. Glück im Unglück. Als ein biefiger Landwirt am Montag früh mit seinem Gespann zur Feldarbeit fuhr, wurden seine Pferde durch einen vorbeifahrenden Autobus geschlagen, rissen den Wagen zur Seite, so daß der Wagenlenker (ein älterer Mann) zu Boden geschleudert wurde. Beim Sturz verwinkelte er sich jedoch in der Leine und wurde eine längere Strecke dem rasender Gefährt nachgeschleppt. Passanten konnten endlich die schreienden Pferde anhalten und den Landwirt aus seiner bedrohten Lage befreien. Glücklicherweise kam er mit einigen leichten Hautabschürfungen davon.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

* Warschau (Warszawa), 21. Mai. Morde geständnis. Im Dorfe Kopisano, Kreis Przemysl, verschwand im Jahre 1927 eines Tages die Landwirtstochter Helena Klepacz, um deren Gunst sich ein junger Bursche aus dem Nachbardorf beworben hatte. Alle Nachforschungen nach der Verschollenen blieben erfolglos. Allgemein fiel den Dorfbewohnern die große Niedergeschlagenheit des Bruders der Verschollenen auf. Onufry Klepacz auf einer Hochzeitsfeier dem Alkohol übermäßig zugesprochen hatte, erklärte er, am Tage seiner Schwester schuld zu sein. Als die Polizei davon erfuhr, wurde Klepacz ins Kreuzverhör genommen, wobei dieser gestand, die Schwester mit einer Axt ermordet und die Leiche in den Fluss Ikwa geworfen zu haben, da er allein das von den Eltern hinterlassene Vermögen erbauen wollte. Der Mörder wurde verhaftet.

* Lemberg (Lwów), 20. Mai. Die zweitägige Gerichtsverhandlung gegen die Bäckergehilfen Michael Rakowski und Wladislaus Kładka vor dem hiesigen Schwurgericht wurde heute beendet. Die Gehilfen waren wegen Raubmordes an dem Bäckerjungen Nathan Schmitz aus Winnit bei Lemberg angeklagt. Das Gericht lehnte den Antrag der Verteidigung ab, neue Zeugen heranzuziehen und eine nochmalige Untersuchung der Leiche vorzunehmen. Nach den Plaidoyers des Staatsanwalts und der Verteidiger sprach das Gericht das Urteil aus, das auf Todesstrafe für die beiden Mörder lautete.

Wasserstandsnachrichten.

Wasserstand der Weichse vom 22. Mai.

Krakau + 2,08, Jawischost + 1,48, Warschau + 1,61, Bielsk + 1,04, Thorn + 1,06, Norden + 1,10, Culm + 0,96, Graudenz + 1,19, Kujabia + 1,35, Działdowo + 0,57, Dirichau + 0,39, Einlage + 2,16, Schlesienhorst + 2,40.

Chef-Redakteur: Gottbold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Hans Wiese; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Heuke für Anzeigen und Reklame; Edmund Przygodzki; Druck und Verlag vor A. Dittmann, G. m. b. H. sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich „Der Hansfreund“ Nr. 118

Vermögensübersicht am 31. Dezember 1929.

Vermögen	zł	gr	zł	gr	Verbindlichkeiten	zł	gr	zł	gr
Rassenbestand			357 056	65	Geschäftsguthaben				
Guthaben bei der Bank Polski			340 534	22	a) der verbleibenden Genossen	4 180 522	75		
Guthaben bei der Postsparkasse			210 082	31	b) der ausscheidenden Genossen	26 844	65	4 207 367	40
Zinsscheine			52	60	Gesetzliche Rücklage	504 000	—		
Sorten und Devisen			342 259	99	Betriebsrücklage	496 000	—	1 000 000	—
Guthaben bei Banken			140 178	31	Guthaben anderer Bankfirmen			2 102 193	02
Wechsel			5 343 295	23	Rediskont			1 364 834	48
Wertpapiere			191 321	—	Kreditoren				
Debitoren	20 264	129	81		a) täglich fällig	9 678 362	68		
Verrechnung Bromberg	930 356	33			b) befristet	12 067 211	48		
Durchgangskonten	19 833	773	48			21 745 574	16		
Beteiligungen	500 461	50	18 833	311	Verrechnung Bromberg	930 356	33		
Hypotheken			3 109	245		20 815 217	83		
Grundstücke			649 500	—	Durchgangskonten	500 461	50	20 314 756	33
Abschreibung			14 500	—	Reingewinn			513 191	10
Einrichtung			283 250	50	Bürgschaften			288 250	50
Bürgschaften			4 452 759	62	Giroverpflichtungen			4 452 759	62
Giroverpflichtungen			181 860	80	Einzugswechsel			181 860	80
Einzugswechsel			29 502	342				29 502	342
			33					33	

Gewinn- und Verlustrechnung am 31. Dezember 1929.

	zł	gr	zł	gr		zł	gr	zł	gr
Handlungsuntosten			723 672	28	Bortrag 1928			259	92
Abschreibungen auf Gebäude			14 500	—	Zinsen, Diskont, Beteiligungen, Provisionen			1 056 143	77
Reingewinn			513 191	10	Hauserträge			56 344	72
			1 251	363	Sorten, Devisen, Wertpapiere			138 614	97
			38					1 251	363

Genossenschaftsbank Poznań Bank spółdzielczy Poznań

Spółdzielnia z ograniczoną odpowiedzialnością in Poznań
Swart. Röllauer. Boehmer. Geisler. Pfeiffer.

Zwangsvorsteigerung

Tapeten!!

5440 Pomorska 8

Gut erhaltene
Grazmäher
Getreidemäher
Göpel
2c. off. billigt 5897
L. Heyme,
Grundziadz,
Ryiatowa (Blumen-
straße) 4.

Zur Konfirmation

GESCHENKE auszusuchen war
früher schwierig, besonders,
wenn Sie darauf Wert legten, dem
Beschenkten eine bleibende und
dauernde Freude zu bereiten;

heute wird es Ihnen leicht
gemacht, denn durch einen 0080

Qualitäts-Füllhalter!

bereiten Sie dem Konfirmanden
eine immerwährende Freude.

Beachten Sie bitte unser Schau-
fenster mit Füllhaltern in allen
Preislagen.

A. Dittmann, T. z o. p.

Tel. 61 BYDGOSZCZ Marsz. Focha 45.

Masseur empfiehlt sich
in u. außer
dem Hause in der Zeit
von 9-12 u. 3-7 Uhr.
Józef Dabrowski,
Plac Wolności 2,
1 Treppe linfs.

Geldmarkt

5000 zł

zur ersten Stelle a. Ge-
schäftsgrundst. gefücht.
Geldgeber f. auch volle
Version erh. Offert. u.
B. 2624 a. d. Gelch. d. 3.

Möbl. Zimmer

z. Möbd. Juchtl. möbd.
Zimmer. off. u. B. 2626
a. d. Gelch. d. Zeitg. erh.

2 gut möbd. Zimmer

a. 1 ob. 2 Herren z. verm.
Busse, Krakowska 18. 2686

Gut möbd. Zimmer

von sofort zu vermiet.
Wesola 6. 2285

Bohtungen

Kompl. Wirtschaft

a. 350 Wrc. Weizen-
und Zuferrübenboden
auf 10 Jahre zu ver-
pachten. Jahresprecht
2Cir. Roggen per Wrc.
erfordert. ca. 60 000 zł.
A. Knodel, Grudziądz,
Kiwatowa 13.

Beabsichtige 14 Morgen

Splissen

gibt ab 1000 St. f. zl 3.50.

Berladestelle Bydgoszcz

Ugorn 10. Zawiasinski.

Schalbretter

Rantholz, Latten zc.

billig bei 6029

K. Sullgowski,

Chodkiewicza 34.

Sattler-

werkstelle

44 Jahre im Betrieb, ist

zu verpachten und ver-
sicherte auch gute Müntz

Hochzeiten, Gesell-

schaften und Vereins-

vergnügen.

Sattlermeister

A. Schwach, Barcin.

Rynet 22. 6008

Bentzenen

Verläufe

Bruteier

von echten italien.

Zwerg. Hühnern

Stück 20 Groschen.

Billig. Mittagstisch

guten.

Jutta v. Wiegelen.

Stoszowy, Post Makki.

Pommereilen. 6022

Die Leitung.



Altbekannte

Stammschäferei Bykowo (Bankau)
schwere

Merino - Fleisch - Schaf

(merino precole mięsno wełnisty)

Gegr. 1862. — Anerkannt durch die
Pom. Izba Rolnicza. Landesausstellung
Poznań 1929 große goldene
Medaille und große silberne Staats-
medaille.

Sonnabend, den 31. Mai 1930, mittags 1 Uhr

AUKTION

über ca. 50 sprungfähige, ungehörnte, sehr
frühreife, bestgeformte u. wollreiche, schwere
Merino-Fleischschafböcke, mit langer, edler
Wolle zu zeitgemäßen Preisen. Zuchtleiter:
Herr Schäferdirektor von Alkiewicz,
Poznań, ulica Patr. Jackowskiego 31.

Bei Anmeldungen

Wagen bereit Warlubie oder Grupa.

F. GERLICH,

Bakovo, Kr. Swiecie. Telefon Warlubie 31.

Reparaturen an Wasserleitungen

Patentschlössern, Jalousien u. and. Sach. führt aus

Sienkiewicza 8, 2 Tr. r. bei Schultz. 1225

Tapeten

neueste Muster = große Auswahl
empfiehlt 5311

Bydgoski Dom Tapet

W. Zakowski

Tel. 1494. ul. Jezuicka 6 Tel. 1494.
Straßenbahn-Haltestelle Stary Rynek.

gibt ab 6126

Rittergut Skarszewo bei Laskowice

gibt ab 6126

Rittergut Skarszewo bei Laskowice